

AFRIKA-EUROPA : die unverzichtbare Allianz

Louis MICHEL



Vorwort von José Manuel BARROSO



Europäischen Kommission

Afrika-Europa: Die unverzichtbare Allianz

José Manuel Barroso Präsident der Europäischen Kommission: Zum Geleit3

Einleitung.....6

Kapitel 1: Neuland tut sich auf: die Neuentdeckung der geostrategischen Bedeutung des afrikanischen Kontinents8

1.1.Die wirtschaftlichen Interessen.....10

1.2.Die strategischen und sicherheitspolitischen Interessen12

1.3.Machtinteressen14

Kapitel 2. Stark und schwach zugleich: Afrikas Streben nach Macht und Einfluss.....18

2.1.Afrikas Stärke18

2.2.Die Schwächen Afrikas.....21

Kapitel 3. Die neue Allianz Afrika-Europa – ein Gebot der Stunde31

3.1.Die Einmaligkeit der Position Europas gegenüber Afrika31

3.2.Eine einmalige Position - von Europa ungenutzt.....34

Kapitel 4. Die neue Partnerschaft zwischen Afrika und Europa: global, ambitioniert und auf Dauer angelegt. ..
.....40

4.1. Die Neudefinierung der Prinzipien unserer Partnerschaft	40
4.2. Arbeitsplan für eine globale, ambitionierte und funktionsfähige Partnerschaft	42
Mehr als nur Entwicklungszusammenarbeit ...	42
Mehr als nur Institutionen	44
Gemeinsame Interessen nach außen projizieren	47
Eine globale funktionsfähige und pragmatische ... Partnerschaft	48
Partnerschaft für Frieden und Sicherheit	
Partnerschaft im Bereich Demokratie und Menschenrechte	
Partnerschaft im Bereich Handel und regionale, wirtschaftliche Integration	
Partnerschaft zur Verwirklichung der entwicklungspolitischen	
Partnerschaft im Bereich Energie	
Partnerschaften für den Klimaschutz	
Partnerschaft im Bereich Migration, Mobilität und Beschäftigung	
Partnerschaft in den Bereichen Wissenschaft, Informationsgesellschaft und Weltraumtechnik	
Eine Partnerschaft, die ein Engagement Europas und Afrikas auf allen organisatorischen Ebenen erfordert	63
Organisatorische Kohärenz auf europäischer Seite	
Organisatorische Kohärenz auf afrikanischer Seite	
4.3. Ein neues zeitgemäßes Entwicklungskonzept für Afrika	70
Schlussfolgerung	75

Zum Geleit

Neubeginn in den Beziehungen zwischen Afrika und Europa

Der zweite EU-Afrika-Gipfel vom 8. und 9. Dezember in Lissabon bringt die entscheidende Wende für die Beziehungen zwischen den zwei Kontinenten.

Indem wir die nicht mehr zeitgemäße, viel zu kurz greifende Formel von der Geber-Nehmerbeziehung ad acta legen, vollziehen wir den Schritt hin zu einer reifen, von Verantwortungsbewusstsein getragenen Bindung, bei der sich die Partner auf Augenhöhe begegnen und den politischen Dialog zum Prinzip einer erfolgreichen, sich mit konkreten Fragen befassenden Zusammenarbeit erheben, um so gemeinsam die entwicklungspolitischen Millenniumsziele zu verwirklichen.

In Lissabon diskutieren Afrikaner und Europäer auf höchster Ebene (endlich!) über ein ambitioniertes Arbeitsprogramm, das so wichtige Themen beinhaltet wie Frieden und Sicherheit, Klimawandel und Energie, Entwicklungshilfe, Migration, Regierungsführung und die Menschenrechte. Seit ich mein Mandat im Jahre 2004 antrat, habe ich diesen Paradigmenwechsel, ja auch diesen Stilwandel zu einer Priorität der Europäischen Kommission gemacht. Der Gedanke dazu kam mir in der Zeit, in der ich die Entwicklungspolitik meines

Landes leitete, was mir damals Gelegenheit gab, persönlich zur Herbeiführung des Friedens in Angola und Mosambik beizutragen und neben anderen Tätigkeiten mich für die Unabhängigkeit Namibias und für das sich nach dem Ende der Apartheid neu formierende Südafrika einzusetzen.

Hinzu kommt die Überzeugung, dass wir heute – zum ersten Mal seit die afrikanischen Staaten unabhängig sind – ein Zusammentreffen außergewöhnlicher Umstände erleben. In Afrika erleben wir, dass Demokratie besser funktioniert als früher, trotz gewaltiger noch zu bewältigender Aufgaben. Der Platz, den Afrika nunmehr im internationalen Geschehen einnimmt, entspricht eher dem gewaltigen Potential des Kontinents. Dieses neu erwachte Interesse an Afrika muss zu einer verantwortbaren Entwicklungspolitik zum Wohle der überwiegenden Mehrheit der Menschen in Afrika führen. Wer mit Afrika Wirtschafts- und Kooperationsbeziehungen aufnimmt und wer in Afrika investiert, der übernimmt eine große Verantwortung, die der Verantwortung der afrikanischen Entscheidungsträger in nichts nachsteht.

In Afrika tut sich etwas und das stimmt mich zuversichtlich, denn die bewaffneten Konflikte nehmen ab, es wird mehr und mehr demokratisch abgestimmt, und auch der Machtwechsel wird immer häufiger durch das Votum der Wähler herbeigeführt, und gleichzeitig wächst die Wirtschaft beständig.

Ich glaube fest an diese im Entstehen begriffene neue Art des demokratischen Regierens. Die Zeiten der Belehrungen, der moralischen Vorhaltungen und des Paternalismus sind vorüber. Nun heißt es für alle: Verantwortung übernehmen, sich als Empfänger von Entwicklungshilfe mit den Entwicklungsmaßnahmen identifizieren, die regionale Integration vorantreiben und „Peer Pressure“ ausüben.

Ich bin - zusammen mit Louis Michel, diesem außergewöhnlichen Politiker, auf dessen Mitarbeit im Kollegium ich stolz bin und dessen Leidenschaft für Afrika ich teile – entschlossen den Erwartungen der großen Mehrheit der Bürger Europas zu entsprechen, die fordern, dass Afrika zu einer der wichtigsten Prioritäten der europäischen Außenpolitik wird.

Wir haben keine weitere Zeit mehr zu verlieren. Die strategische Partnerschaft mit Afrika wird uns in die Lage versetzen, gemeinsam alle Herausforderungen anzunehmen, die sich uns stellen. . Dabei gilt es, alte und abwertende Stereotype über Bord zu werfen damit sich das gewaltige Potential unserer gegenseitigen Beziehungen allen erschließen kann.



José Manuel Barroso
Präsident der Europäischen Kommission

Afrika-Europa: Die unverzichtbare Allianz

Einleitung

Beim Lissabon Gipfel kommen die Staats- und Regierungschefs der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie der 53 afrikanischen Staaten zusammen. An diesen Gipfel knüpfen sich große Erwartungen.

Es ist in der Tat höchste Zeit, die Beziehungen zwischen den zwei Kontinenten, die sich durch die Geographie, die Geschichte und die Kultur und durch das gemeinsame Schicksal so nahe stehen, erneut unter die Lupe zu nehmen.

Die mit dem ersten EU-Afrika-Gipfel von 2000 in Kairo geweckten Hoffnungen wurden weitgehend enttäuscht, und viele dieser enttäuschten Erwartungen gehen auf das Konto unserer Partnerschaft – es sieht ganz danach aus, als ob die Europäer ebenso wie die Afrikaner Mühe hätten, den historischen Entscheidungen gerecht zu werden, vor denen beide stehen.

Mit diesem entschieden optimistischen Plädoyer soll in Form eines Essays aufgezeigt werden, aus welchen Gründen die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Afrika anders werden müssen und weshalb ein solcher Paradigmenwechsel für beide Kontinente so wichtig ist:

- Die Welt befindet sich im Wandel - die wirtschaftliche

Realität sowie die Geopolitik der globalisierten Welt verändert sich und damit auch das Verhältnis Afrikas zur Welt.

- Afrika wird von allen Seiten umworben, und Afrika will trotz einer nach wie vor brüchigen Situation seine Stellung behaupten.

- Europa und Afrika werden sich der Tatsache bewusst, dass es im Interesse beider Seiten ist eine globale, ausgewogene und dynamische Partnerschaft einzugehen. Durch diese neue Partnerschaft können die Möglichkeiten einer Welt voll auszuschöpft werden, die so völlig andere Perspektiven bietet als die Welt von gestern und deren veränderten Anforderungen man sich schnellstens stellen sollte.

Louis MICHEL, Brüssel, 1. Dezember 2007

Kapitel 1. Neuland tut sich auf: die Neuentdeckung der geostrategischen Bedeutung des afrikanischen Kontinents

Afrika wurde häufig als „der vergessene Kontinent“ bezeichnet – und ist es beileibe nicht! Es sind die Völker Afrikas, die man vergessen hat! Vom 15. bis ins 19. Jahrhundert war Afrika das Ziel von Eroberung und Ausbeutung, wobei zivilisatorisches Sendungsbewusstsein – symbolisiert durch Schwert und Kreuz – und Verfolgung materieller Interessen – sprich Geopolitik und wirtschaftliche Ausbeutung, symbolisiert durch Kompass und Schippe – als Motive fließend ineinander übergingen. Für diese Situation prägte Jomo Kenyatta, Vater der kenianischen Unabhängigkeit, folgendes Bild:

„Als der weiße Mann afrikanischen Boden betrat, hatte er die Bibel, und wir hatten das Land. Er hat uns gelehrt, mit geschlossenen Augen zu beten. Als wir die Augen wieder öffneten, hatte der weiße Mann das Land und wir die Bibel.“

Das 20. Jahrhundert brachte das Ende der Kolonialzeit und die Entlassung der afrikanischen Staaten in die Unabhängigkeit, was für die endlich vom Joch der Kolonie befreiten Afrikaner Anlass zu riesigen Hoffnungen gab. Doch die Versprechen, die zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit gegeben wurden, sind nur selten gehalten worden. Afrika verstrickte sich in der Folge so tief in die Irrungen diktatorischer Regierungen, in den Aufeinanderprall von zwei ideologisch fundierten Blöcken und in einen zuweilen revanchistisch gefärbten

Neokolonialismus, dass die zurückliegenden 40 Jahre „für die Entwicklung Afrikas verlorene Jahrzehnte“ genannt werden

Am Beginn des 21. Jahrhunderts befindet sich die Welt in einem tiefen Wandel, der von der Globalisierung der Wirtschaft und der Multipolarität der Macht ausgelöst wurde

Afrika ist in einem Wandel begriffen, der sich noch schneller als irgendwo anders auf der Erde vollzieht, und der Kontinent versucht, Anschluss an die Globalisierung zu finden. Die Containerschiffe, die diesen zu einem summenden Bienenkorb verwandelten Planeten symbolträchtig umrunden, fahren nicht mehr an Afrika vorbei.

Sie legen an, und zwar um zu laden und zu entladen. Tiefwasserhäfen wie Dschibuti oder Mombasa werden gebaut bzw. ausgebaut, damit diese „Galeonen des 21. Jahrhunderts“ dort vor Anker gehen können. Die afrikanischen Flughäfen, die von mehr und mehr Luftfahrtgesellschaften aus allen Himmelsrichtungen angefliegen werden, wachsen gleichzeitig mit dem Wachstum des Flugpassagieraufkommens.

Afrika wird von allen Mächten der Erde hofiert – allen voran USA und China.

Afrika scheint von allen als wichtiger Partner anerkannt worden zu sein. Afrika wird nicht mehr als hoffnungsloser Fall angesehen, sondern eher als Chance, als „neues Land der unbegrenzten Möglichkeiten“.

Das neu geweckte Interesse am afrikanischen Kontinent macht sich an drei Kristallisationspunkten fest: wirtschaftliche Interessen, strategische und sicherheitspolitische Interessen und Machtinteressen.

1.1 Die wirtschaftlichen Interessen

Die zunehmende Globalisierung und der Drang nach grenzenloser Wirtschaftsexpansion führen dazu, dass die wichtigsten traditionellen ebenso wie die aufstrebenden Wirtschaftsmächte entschlossener denn je sind, sich Zugang zu den immensen Ressourcen des afrikanischen Kontinents zu verschaffen.

Afrika fällt in der neuen, durch starke Öl- und Gasnachfrage gekennzeichneten globalen Energiepolitik eine Schlüsselposition zu. Im Wettrennen um Erdölvorkommen und in dem Bemühen um Diversifizierung der Versorgungsquellen wird Afrika mit seinem zehnjährigen Anteil an den Weltreserven immer attraktiver. Afrika gilt in zudem als sicher, zumindest im Vergleich zum Nahen Osten oder zu Staaten mit prononciert ideologischer Ausrichtung wie Iran und Venezuela, die das Öl in häufig unkalkulierbarer Weise als politisches Druckmittel einsetzen.

Dieser Wettlauf um Rohstoffe wird zudem von der beschleunigten Entwicklung der aufstrebenden asiatischen Wirtschaftsmächte bestimmt. Afrika ist auch für diese Länder so attraktiv, weil der Kontinent das Monopol für die meisten der für das industrielle Wachstum und auch

für die Entwicklung neuer Technologien erforderlichen Metalle und seltenen mineralischen Stoffe innehat oder es sich zumindest mit Russland oder Australien teilt. So lagern in Afrika 90 % der nachweislichen Platin-, Kobalt- und Chromerzvorkommen der Erde und mehr als 40 % der Goldvorkommen, 30 % der Bauxit- und Uranvorkommen und 25 % der Titanvorkommen. Afrika ist zudem die Einzige Alternative bei der Versorgung mit Metallen, über deren Produktion einige Mächte eine monopolistische Kontrolle ausüben – Wolfram ist ein solcher Fall, an dessen Vorkommen China einen Anteil von 85 % hat.

Gewinnung und Export natürlicher Ressourcen führen zwangsläufig zur Entwicklung von Infrastruktur sowie eines Finanz- und Bankensektors, und dies ist ein Terrain, auf dem sich die westlichen, asiatischen und arabischen Wirtschaftsmächte einen erbitterten Konkurrenzkampf liefern. So hat die chinesische Industrie- und Handelsbank - Nummer eins im Lande - am 25. Oktober 2007 bekanntgegeben, dass sie in die Standardbank – die führende Bank in Südafrika - einsteigt. Den Erwerb von 20 % Anteil an dieser wichtigsten afrikanischen Bank lässt sie sich 5,6 Mrd. USD kosten. Es handelt sich um die bisher größte ausländische Investition in Afrika – ein Anzeichen dafür, dass sich China langfristig positioniert, weil es entschieden auf den wirtschaftlichen Aufstieg Afrikas setzt – den Beweis dafür liefert die Zusammensetzung seiner Beteiligungen.

1.2 Die strategischen und sicherheitspolitischen Interessen

Afrika ist auch zu einem Schauplatz der Globalisierung der Herausforderungen im strategischen Bereich geworden, zu dem islamistischer Terror, Verbreitung von Kernmaterial, illegaler Handel ebenso gehören wie die Frieden und Stabilität bedrohende Destabilisierung bestimmter Staaten. Mit seinem erheblichen arabischen und muslimischen Bevölkerungsanteil ist der Kontinent und insbesondere die Sahelregion und das Horn von Afrika unmittelbar mit den Umwälzungen in Nahost und dem Zusammenprall von Dschihadisten und Antiterrorkräften konfrontiert.

Die sudanesische Provinz Darfur ist ein typisches Beispiel für jene afrikanischen Konflikte, in denen Einmischung von außen und internationale Anliegen - die Pflicht Schutz zu bieten, doch gleichzeitig auch die an das Öl geknüpften Wirtschaftsinteressen - und die Verteidigung lokaler Anliegen sich derart überlappen, dass afrikanische Angelegenheiten bis vor den Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen gelangen.

Zu den weiteren politischen Herausforderungen, durch die Afrika ins Rampenlicht des Weltgeschehens katapultiert wird, gehört selbstverständlich die Armut. Von den 800 Millionen Bewohnern des Kontinents leben 300 Millionen von weniger als einem Euro am Tag in extremer Armut.

Der Humanentwicklungsindex, der sich aus Lebenserwartung, Einkommen, Alphabetisierung,

Zugang zum Gesundheitswesen zusammensetzt, ist in den meisten afrikanischen Staaten so niedrig wie nirgendwo sonst auf der Welt. Die Bekämpfung der Armut hat die internationale Gemeinschaft – besonders die Europäische Union als wichtigster Geber der Welt, die Vereinten Nationen, die G8-Gruppe und alle anderen wichtigen Akteure – in einer bisher nicht dagewesenen Weise mobilisiert. Die Folgen der Erderwärmung bleiben Afrika nicht erspart: Naturkatastrophen treten häufiger denn je auf, und die Klimaschwankungen werden immer extremer, wie das Beispiel der Jahre 2006/2007 zeigt, als auf eine Periode großer Dürre schlagartig Überschwemmungskatastrophen historischen Ausmaßes folgten.

Die Auswirkungen sind vielfältig und schwerwiegend und können jahrelange Entwicklungsarbeit zerstören, und zwar durch Missernten, gewaltsame Konflikte, ausgelöst durch Verknappung landwirtschaftlich nutzbarer Flächen, Hungersnöte und millionenfache Vertreibung und Flucht. Neben dem Amazonasbecken ist der zentralafrikanische Regenwald der zweite Lungenflügel der Erde. Seine Zukunft zu sichern, ist eine der größten Herausforderungen, vor die die ganze Welt und nicht nur Afrika gestellt ist.

Schließlich ist die Migrationsbewegung auf dem afrikanischen Kontinent – eine Folge von Armut, Arbeitslosigkeit, Konflikten und demographischem Wandel – Anlass zur Sorge nicht nur in Afrika – es sei an die Abwanderung der geistigen Eliten erinnert -, sondern ebenso für die Transitstaaten und die Zielstaaten der

Migration, die mit dem Zustrom illegaler Zuwanderer fertig werden müssen.

1.3 Machtinteressen

Afrika verwandelt sich zudem in ein modernes Schachbrett für die Schachzüge der die Geopolitik bestimmenden Weltmächte.

China, USA, Australien und Indien, daneben auch bereits Malaysia, kämpfen immer stärker darum, die afrikanischen Bodenschätze inklusive die Erdöl- und Erdgasvorkommen unter ihre Kontrolle zu bringen.

China

Die Rolle Chinas ist in dieser Hinsicht beispielhaft. Der afrikanisch-chinesische Handel hat sich in fünf Jahren verfünffacht und erreichte 2006 ein Volumen von 50 Mrd. USD. Die staatliche EXIM-Bank (Export-Importbank) sagt für die kommenden drei Jahre sogar Investitionen in Höhe von 20 Mrd. USD voraus. In Afrika haben sich bereits 800 chinesische Unternehmen niedergelassen. Dass diese Investitionen auf Dauer angelegt sind, beweist auch der für 2008 geplante Entwicklungsfonds mit einem Anfangskapital von 1 Mrd. USD, das 2009 bereits auf 5 Mrd. aufgestockt werden soll; der Fonds dient dem beschleunigten Ausbau des Straßen-, Eisenbahn-, Ölleitungs- und Gasleitungsnetze; diese Infrastruktur soll auf dem afrikanischen Kontinent in Rekordzeit fertig gestellt werden.

Diese neue finanzielle Macht Chinas zeigt sich auch beim dem 5 Mrd USD-Darlehen, das China der Demokratischen Republik Kongo im September 2007 gewährte: 3 Mrd. sind für Infrastrukturbauten (3.200 km Bahngleise, 3.400 km Straßen, 31 Krankenhäuser und 5000 Sozialwohnungen) und 2 Mrd. der „Partnerschaft im Bergbau“ gewidmet.

Während die Europäische Union ihre Hilfe im wesentlichen in Form von Zuschüssen leistet, gewährt China Darlehen in Verbindung mit auf natürliche Ressourcen bezogenen Bürgschaften – für die Nehmerstaaten ist dies selbstverständlich mit dem doppelten Risiko der massiven Neuverschuldung und erneuter Abhängigkeit verbunden.

Es ist auch interessant, dass der größte Teil dieser Neuverschuldung nicht in der Schuldenstatistik der afrikanischen Staaten auftaucht, woran die Nomenklatur des IWF und der Weltbank Schuld trägt, denn diese Schulden sind in der Regel nicht in üblichen Zahlungsmitteln, sondern in natura zu begleichen. Der Tauschhandel lebt - und das in der globalisierten Wirtschaft des 21. Jahrhunderts!

Darüber hinaus versucht China sich durch – wenn auch nur durch eine minimale – Beteiligung an der Friedensinitiative der Vereinten Nationen das Profil eines verantwortungsbewussten globalen Akteurs zu geben – ohne jedoch die Position der politischen Nichteinmischung aufzugeben. Dies ist nicht wertend gemeint, es geht hier einzig um die Feststellung eines Tatbestands.

Die USA

Die USA haben sich –geleitet von einer Globalisierungsstrategie –unter großem Einsatz zurückgemeldet.

Afrika ist für die USA ein Pfeiler ihrer Diversifizierungsstrategie der Energieversorgung: In zwei Jahren dürften sie 25 % ihres Ölbedarfs in Afrika decken, im Vergleich bislang nur 16 %.

Die USA bauen zudem ihre Positionen im zentralafrikanischen Bergbau immer weiter aus. Ihre Entwicklungspläne für Afrika sind stark wirtschaftlichen und außenpolitischen Erwägungen unterworfen, wobei sie die Empfängerstaaten genau auswählen, wie die Beispiele des Gesetzes Africa Growth and Opportunity aus dem Jahr 2000 und der Millennium Challenge Account beweisen. Schließlich liegt nach ihrer Auffassung eine der Fronten des Kampfes gegen den Terrorismus in Afrika, woraus sich weitgehend die im Februar 2007 erfolgte Einrichtung eines Sonderkommandos für Afrika (AFRICOM) erklärt, das 2008 einsatzbereit sein dürfte.

Brasilien und Indien wollen ihre Macht weiter ausbauen und sind deswegen gleichermaßen an Afrika interessiert. Dabei bringen sie historische und kulturelle Bindungen ins Spiel - für die einen ist es die in Zentral-, Süd- und Ostafrika ansässige indische Minderheit, und für die anderen die sprachliche und kulturelle Verwandtschaft der portugiesischsprachigen Gebiete Afrikas.

Als aufstrebende Wirtschaftsmacht auf der Suche nach Energieträgern und Grundstoffen verfolgt Indien weitgehend die Strategie des in vergleichbarer Situation befindlichen China und führt zur Alimentierung seines Wirtschaftswachstums Holz, Gold und sonstige Mineralien aus Afrika ein. Brasilien bieten sich – ohne dass es den Wettbewerb mit Südafrika aufnehme – auf dem afrikanischen Kontinent Märkte, in denen es seine Wettbewerbsfähigkeit unter Beweis stellen kann und die ihm Gelegenheit bieten, seine Position als aufstrebende Macht auszubauen.

Soweit die objektive Bestandsaufnahme, ohne jegliches Werturteil. Doch nun stellt sich die eigentliche Frage, die da lautet: Ist der afrikanische Kontinent dazu in der Lage, Nutzen aus diesem Macht- und Interessenspiel zu ziehen?

Kapitel 2: Stark und schwach zugleich: Afrikas Streben nach Macht und Einfluss

2.1 Afrikas Stärke

Kenner Afrikas können nicht umhin festzustellen, dass sich auf dem Kontinent sowohl politisch als auch wirtschaftlich etwas tut.

Konflikte, wie sie in Afrika noch in den neunziger Jahren ausgetragen wurden, sind inzwischen deutlich seltener geworden. Die Greuel in Darfur, auf die die Weltöffentlichkeit gebannt blickt, halten zwar noch an, aber die Jahrtausendwende brachte auch das Ende zählebiger verheerender Konflikte wie die in Mosambik, Angola, Liberia und Sierra Leone.

An Stelle von Staatsstreichen, die eine Zeit lang die Regel zu sein schienen, erleben wir mehr und mehr demokratische Regierungen, die bei all ihrer Unzulänglichkeit und all ihrer Brüchigkeit jedoch eindeutige Anzeichen für eine vielversprechende Entwicklung sind.

Seit dem Jahr 2000 haben in zwei Dritteln aller Staaten südlich der Sahara Mehrparteienwahlen stattgefunden.

Allein 2007 fanden in zwölf afrikanischen Staaten Präsidentschafts- bzw. Parlamentswahlen statt. Jeder einzelne dieser demokratischen Wandlungsprozesse bedarf noch der Fortsetzung bzw. der Konsolidierung. Doch in den meisten Fällen kann die Dynamik als robust bezeichnet werden.

Die zwischen 1996 und 2006 von Afrobarometer durchgeführten Meinungsumfragen zeigen, dass sechs von zehn Afrikanern der Auffassung sind, dass die Demokratie jeder anderen Regierungsform vorzuziehen ist.¹ Der allgemeine Trend deutet vor allem auf die Entschlossenheit der Staaten und der afrikanischen Völker hin, ihre und auch die Geschicke des Kontinents insgesamt in die eigenen Hände zu nehmen.

Afrika will nunmehr Akteur und nicht mehr Spielball sein. Der Kontinent bemüht sich darum, sich als Akteur von Weltrang zu positionieren, mit dem künftig zu rechnen ist.

Die Afrikanische Union, die 2002 die Organisation für Afrikanische Einheit abgelöst hat, gibt inzwischen den institutionellen Rahmen für ein besser fundiertes und stärker integriertes Regieren auf dem gesamten Kontinent ab.

Die Themen, mit denen sie sich auseinandersetzt, betreffen nicht mehr nur innerafrikanische Probleme sondern auch die die Welt in ihrer Gesamtheit fordernden großen Aufgaben des 21. Jahrhunderts wie der Klimaschutz, die Energieversorgung und die sich im Technologiebereich vollziehenden Umwälzungen.

Die so genannte Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD) steht für den wirtschaftlichen Aspekt

1 Umfragen in 18 Ländern (56 000 Befragte): Westafrika (Benin, Kap Verde, Ghana, Mali, Nigeria und Senegal), Ostafrika (Kenia, Madagaskar, Uganda und Tansania), südliches Afrika (Botsuana, Lesotho, Malawi, Mosambik, Namibia, Südafrika, Sambia und Simbabwe). Hier wird auf die Umfrage vom 24. Mai 2006 Bezug genommen.

der Afrikanischen Union und will sich als „Perspektive und strategischer Rahmen für die afrikanische Wiedergeburt“ sowie als Instrument zur Förderung der integrierten sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas verstanden wissen.

Die politische Wiedergeburt Afrikas nimmt zudem in immer dichter werdenden differenzierteren Beziehungen und strategischen Partnerschaften innerhalb des Kontinents Gestalt an.

Traditionelle Partner sind selbstverständlich nach wie vor Frankreich, Belgien, Portugal, die USA und Japan, doch Afrika geht mehr und mehr den Weg der so genannten „Süd-Süd“-Partnerschaften beispielsweise mit China, und zwar namentlich im Rahmen des Forums für chinesisch-afrikanische Zusammenarbeit, in dem sich 2006 bereits zum dritten Mal führende Politiker Afrikas und Chinas zusammenfanden; Süd-Süd-Partnerschaften werden daneben aber auch mit der Arabischen Liga, Lateinamerika oder mit einzelnen Staaten wie Brasilien, Indien oder Südafrika geschlossen.

Die Faktenlage ist so, dass die afrikanischen Staaten, die sich früher in der Rolle der Bittsteller befanden, inzwischen umworben werden. Die veränderte Lage gestattet es ihnen, ihre Partner gegeneinander auszuspielen, um so ihren Vorteil zu maximieren.

Nie zuvor wurde um die afrikanischen Stimmen in internationalen Instanzen so gebuhlt wie heute.

Wirtschaftlich befindet sich Afrika inzwischen auf dem Weg Richtung Globalisierung und Weltwirtschaft

Erstmals seit mehr als dreißig Jahren verzeichnet der Kontinent als Ganzes im vierten Jahr in Folge ein reales Wirtschaftswachstum von mehr als 5 % - einige Staaten erreichen sogar die Schwelle von 7 %. Der jüngste Weltbankbericht hebt als Tatsache hervor, dass Afrika sich als fähig erwiesen hat, die entsprechenden Lehren aus dem Zusammenbruch des Wirtschaftswachstums der 70er, 80er und 90er Jahre zu ziehen und sein makroökonomisches Verhalten zu verbessern, dem Privatsektor mehr Gewicht beizumessen und sich besser in die sich weltweit vollziehende neue Arbeitsteilung zu integrieren.

Dies sind ermutigende Zeichen, was aber nicht dazu verleiten sollte, die Grenzen und die Brüchigkeit der in Afrika wieder in Gang gekommenen Dynamik zu unterschätzen.

2.2 Die Schwächen Afrikas

Trotz aller Anstrengungen im Rahmen des Peer-Bewertungsmechanismus müssen sich die afrikanischen Staaten im Bereich Demokratie und verantwortliches Regieren noch verbessern.

Zudem ist für viele afrikanische Politiker die Versuchung groß, den Verlockungen des sich ihnen in Form von Darlehen bietenden schnellen Geldes nachzugeben – auf die Gefahr hin, dass erneut die Schuldenfalle zuschnappt, aus der sich diese Staaten gerade erst befreien.

Die globale strategische Interessenlage – ob Terrorismusbekämpfung oder rivalisierendes Machtstreben, gleichviel – birgt wie eh und je das Risiko in sich, dass der Kontinent dadurch zum Austragungsort von Kämpfen und Zwistigkeiten fremder Mächte wird und dass sich dort Spannungen entladen, die anderswo entstanden sind.

Mit anderen Worten: Die Gefahr, dass Afrika für den Konkurrenzkampf der Weltmächte instrumentalisiert wird, ist noch längst nicht gebannt

Die Kehrseite der Rohstoffvorkommen sind die Gefahren des berüchtigten „**Fluchs der Ressourcen**“. Werden die Gewinne zwecks Diversifizierung in die afrikanische Wirtschaft reinvestiert, damit sie den Qualitätssprung auf die Stufe der Verarbeitungserzeugnisse mit höherer Wertschöpfung schafft? Werden sie auf diesem Wege die Armut in den Griff bekommen und die Staaten der Verwirklichung der entwicklungspolitischen Millenniumsziele näher bringen? Oder werden die Gewinne in nutzlose Prestigeobjekten investiert oder gar für Korruption verwendet, wodurch die afrikanischen Staaten dazu verdammt würden, in der Pfründewirtschaft stecken zu bleiben?

Das Problem liegt darin, dass sich Afrika schwer tut, auf den Zug der neuen internationalen Arbeitsteilung aufzuspringen. Bei der Positionierung im Welthandel hat Afrika in den 80er Jahren rund 5 Prozentpunkte und in den letzten Jahren immer noch 2 Prozentpunkte verloren.

Nach wie vor fließen nur 1,8 % der ausländischen, weltweiten Direktinvestitionen nach Afrika, womit der Kontinent weiterhin im Abseits steht.

Die afrikanischen Märkte werden derzeit geradezu von Verarbeitungserzeugnissen aus China oder Indien überschwemmt, die mit der lokalen Produktion direkt konkurrieren. Der afrikanische Textilsektor wurde durch die Billigpreisimporte aus Indien und China ernsthaft in Mitleidenschaft gezogen. Die mit den Schwellenmächten geschlossenen Vereinbarungen sind in dieser Hinsicht längst nicht immer ausgewogen.

Dass Afrika kräftig wächst, heisst aber nicht, dass dies jeder einzelne afrikanische Staat tut. Vielfalt und Grundverschiedenheit der 53 Staaten des Kontinents sind das Markenzeichen Afrikas. Einigen gelingt es, ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen, während andere nicht von der Stelle kommen.

Der Weltbank zufolge weisen die in den Jahren 1995-2006 beobachteten durchschnittlichen wirtschaftlichen Wachstumsraten auf deutliche Unterschiede zwischen einzelnen Staatengruppen hin – so es gibt z.B. eine Gruppe von ungefähr fünfzehn Staaten, zu denen unter anderem Mosambik, Uganda, Ruanda, Tansania, Äthiopien, Ghana, Benin und Burkina Faso zählen, die eine Wachstumsrate von annähernd 5 % erreichen, während eine andere Gruppe von dreizehn Staaten, zu der u.a. Kenia, Eritrea, Burundi, Guinea-Bissau und Côte d'Ivoire zählen, sich im Bereich von weniger als 3 % bewegen; eine dazwischen liegende Gruppe weist

Wachstumsraten von 3 bis 4,5 % auf, wozu Kamerun, Sambia, Guinea, Togo, Niger und Malawi zählen. In den Inflationsraten spiegelt sich ebenfalls eine große Diskrepanz wider: 2006 reichte die Spanne von den katastrophalen 1216 % für Simbabwe bis zu den 11,2 % für Madagaskar und 12,9 % für Angola.

Die Liste der Schwächen und Probleme des afrikanischen Kontinents ist lang und hinlänglich bekannt, und es haben sich bereits Bibliotheken füllende Arbeiten damit befasst. Es kann jedoch nicht schaden, an dieser Stelle noch einmal die Haupthindernisse in Erinnerung zu rufen, die dem Wachstum in Afrika im Wege stehen.

Die demographische Entwicklung hemmt nach wie vor das Wirtschaftswachstum. Der Anteil des Kontinents an der Weltbevölkerung ist von 9 % im Jahr 1950 (rund 150 Millionen Einwohner und fünf Einwohner pro Quadratkilometer) auf 12 % im Jahr 1990 gestiegen. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen dürfte bis 2050 ein Anteil von 20 % erreicht sein. Nach dieser bereits die AIDS-bedingten Ausfälle berücksichtigenden Prognose wird Afrika dann 1,8 Milliarden Einwohner zählen. In den Jahren 2000-2005 war die Fruchtbarkeitsrate mit 4,9 Kindern für jede Frau immer noch hoch.

In Afrika hat sich demnach der demographische Wandel noch nicht vollzogen, womit der Kontinent gegenüber den anderen Kontinenten in Verzug geraten ist.

Dennoch vollzieht sich auch in Afrika seit Anfang der

achtziger Jahre ein Wandel. Dazu hat die Verstädterung und der sich verändernde Status der Frauen maßgeblich beigetragen.

Die Fruchtbarkeitsrate nimmt in Subsahara-Afrika ab, wenn auch in sehr unterschiedlichem Tempo. So liegt die Rate in Kenia und Ghana bei 4 Kindern je Frau, bei 5 in Nigeria, in Südafrika dagegen lediglich bei 2,6. In den überwiegend ländlich geprägten Staaten ist die Rate weiterhin hoch und liegt in Niger bei 8, in Mali und Uganda sowie in stark krisengeschüttelten Staaten² wie Somalia und Angola bei 7 Kindern.

Die Mortalitätsrate, die dank der Fortschritte der Medizin von 1950 bis 1990 von 30 auf 15 je 100 deutlich abgesenkt werden konnte, stagniert inzwischen bei 14 je 100, wobei der Weltdurchschnitt bei 9 je 100 liegt.

Auch hier sind die regionalen Unterschiede groß (6 für den Maghreb und 18 für Ostafrika); sie sind zurückzuführen auf Wirtschaftskrisen, Niedergang der Ausbildung und der Gesundheitsversorgung, kriegerische Auseinandersetzungen und anhaltende Krisen. Afrika hat die höchste Kindersterblichkeit der Welt (rund 90 pro 1000), und es sterben doppelt soviel Kinder unter 5 Jahren als in anderen Regionen der Welt.

Afrikas Bevölkerung ist zudem sehr jung: 45 % der Bevölkerung sind jünger als 15 und lediglich 3 % älter als 60 Jahre.

2 Frédéric Docquier und Abdesalam Marfouk, "International Migration by Educational Attainment, 1990-2000", erschienen in *International Migration, Remittances and The Brain Drain*, herausgegeben von Maurice Schiff und Caglar Ozden, Palgrave MacMilan, New York 2005

Die Geburtenrate (zzt. 23/000) dürfte demnach auch in den nächsten fünfundzwanzig Jahren hoch bleiben. Damit stehen die jungen Menschen vor einem enormen Problem, denn selbst mit einem Diplomabschluss haben sie Probleme, eine Arbeit zu finden. Arbeitsplätze sind rar, so dass die arbeitslosen jungen Menschen häufig in die bereits überfüllten zersiedelten Gebiete und Spontansiedlungen ziehen um dort in der Schattenwirtschaft unterzukommen, die oft nicht mehr ist als Subsistenzwirtschaft.

Der andere Ausweg ist die Emigration. Auch in Bezug auf die Emigration gibt es erhebliche Unterschiede.

- Zum einen in geographischer Hinsicht: Die Mehrheit der afrikanischen Migranten - 2,3 Millionen Personen bzw. 51 % der Gesamtzahl der Migranten – stammt aus Nordafrika. Der Anteil dieser Emigration an der afrikanischen Emigration insgesamt ist weit größer als ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung des Kontinents (22 %). Die 852 000 Migranten aus Ostafrika und die 777 000 Migranten aus Westafrika machen dagegen jeweils nur 19 % bzw. 17 % der gesamten afrikanischen Migration aus, und diese Anteile liegen deutlich unter ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung Afrikas, der bei 31 % bzw. 28 % liegt. Ungefähr 7 % der Migranten stammen aus Zentralafrika (12 % der Bevölkerung) und 6 % aus dem südlichen Afrika (7 % der Bevölkerung).

- Zum anderen hinsichtlich der großen Qualifizierungsunterschiede: Einer Weltbankstudie von

2005³ zufolge wandern jährlich an die 74 000 Afrikaner mit Hochschulabschluss aus, und das bedeutet einen wahren Aderlass an Ärzten, Ingenieuren und Lehrern. In 22 afrikanischen Staaten stellen Personen mit Hochschuldiplom einen Anteil von mehr als 45 % an der Gesamtzahl der Migranten und im Falle von dreizehn Staaten sogar einen Anteil von mehr als 50 %. Diese Flucht der geistigen Eliten aus Afrika ist dazu bestimmt, sich künftig noch zu verstärken, und zwar aufgrund der Überalterung der Bevölkerung in den Industriestaaten, die einen Sog sondergleichen auslösen wird.

Diese Flucht der geistigen Eliten führt zu dramatischen Auswirkungen in bestimmten auf qualifizierter Arbeit beruhenden Berufen, namentlich im Gesundheitssektor. Im Jahresbericht für 2006 verweist die Weltgesundheitsorganisation darauf, dass 23 % der in Subsaharaafrika ausgebildeten Ärzte, angezogen durch in einigen Fällen fünfzehn Mal höhere Gehälter, in Industrieländer abwandern. Durch diesen Schwund an fachlicher Kompetenz verschärft sich der ohnehin bestehende Mangel an medizinischem Personal. In dem Bericht ist zudem zu lesen, dass der Mangel an medizinischem Personal in Subsahara-Afrika am größten ist – hier kommen 2,3 medizinische Arbeitskräfte auf 1 000 Personen (18,9 in Europa und 24 auf dem amerikanischen Kontinent), und das in einer

3 *Frédéric Docquier und Abdesalam Marfouk, "International Migration by Educational Attainment, 1990-2000", erschienen in International Migration, Remittances and The Brain Drain, herausgegeben von Maurice Schiff und Caglar Ozden, Palgrave MacMilan, New York 2005*

Zeit, in der 24 % der weltweit auftretenden Erkrankungen auf Afrika entfallen.

Gleichzeitig ist Afrika nach wie vor sehr stark dem HIV/AIDS-Risiko und der Malaria ausgesetzt, mit entsprechend katastrophalen Folgen für das Leben der Menschen und für die soziale und wirtschaftliche Lage. Während es Staaten wie Uganda und Mosambik durch entschiedenes Handeln im Sanitärbereich gelungen ist, die Ausbreitung der Pandemie einzudämmen oder sogar eine Trendwende herbeizuführen, ist die Lage im südlichen Afrika so dramatisch, dass AIDS inzwischen die Ausmaße eines lautlosen Tsunami annimmt: hier kommt es zu 30 % aller Neuinfizierungen der Welt. HIV/AIDS kostet nicht nur Menschenleben, sondern dezimiert gleichzeitig die Arbeitskraft in den ländlichen Gebieten, was wiederum unmittelbar auf die Agrarproduktion und die Ernährungssicherheit dieser Gebiete durchschlägt - von den sozialen Folgen für alle jene Familien und Gemeinwesen ganz zu schweigen, deren erwachsene männliche Mitglieder an der Krankheit sterben oder damit infiziert sind.

90 % der durch Malaria verursachten Todesfälle werden in Subsahara- Afrika registriert und betreffen vor allem Kinder. Alle 30 Sekunden stirbt ein afrikanisches Kind an Malaria. Vergleichbar mit HIV/AIDS hat auch die Malaria wirtschaftliche und soziale Folgen. Die Weltgesundheitsorganisation schätzt, dass der wirtschaftliche Schaden bei mehr als einem Prozent des afrikanischen Wirtschaftswachstum liegt.

Der Afrikanische Kontinent ist mit seiner weitgehend ländlichen Prägung stark von der Landwirtschaft abhängig. Das Zusammenwirken von demographischer Entwicklung und steigenden Agrarpreisen weltweit wirft ein erhebliches Problem auf, und es stellt sich die Frage, ob der Druck der Nachfrage auf den Nahrungsmittelsektor und die Attraktivität der Biobrennstoffe in den afrikanischen Staaten nicht die Gefahr einer Verteuerung der Agrareinfuhren in einer Höhe heraufbeschwört, die die Wiederkehr von verschiedenen Formen der Unterernährung nach sich zieht, oder ob im Gegenteil durch die Verteuerung der Agrarerzeugnisse bestimmte Marktkulturen der afrikanischen Landwirtschaft nicht endlich rentabler werden, wodurch gleichzeitig einer die krasse Armut und Instabilität fördernden Urbanisierung ein Riegel vorgeschoben würde.

Gegenüber Agrarriesen wie Brasilien, Argentinien, Australien, USA oder Europa ist Afrika mehr denn je in einer Schwächeposition und sieht sich mit der Notwendigkeit konfrontiert, seine „**grüne Revolution**“ zu vollziehen und dabei die eigene Arbeitskraft und die lokale Kommunalstruktur zu nutzen, wobei letztere es ermöglicht, die Risiken gleichmäßiger zu verteilen.

Die Europäische Kommission hat die ernährungswirtschaftliche und allgemein wirtschaftliche Problematik der Landwirtschaft in Afrika erkannt und den Weg einer Politik der Förderung der ländlichen Entwicklung und der

Landwirtschaft⁴ eingeschlagen. Nachdem sich die Investitionen in diesem Bereich über Jahre hinweg im freien Fall befunden haben, scheint sich nun das Blatt endlich zu wenden.

Die im Rahmen des 10. Europäischen Entwicklungsfonds (2008-2013) der Landwirtschaft, der Ernährungssicherung und der ländlichen Entwicklung gewidmeten Mittel werden auf mehr als eine Milliarde € verdoppelt.

Diese Aufstockung der Mittel ist der von den afrikanischen Staaten 2003 eingegangenen Verpflichtung angemessen, 10 % ihres Staatshaushalts für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung aufzuwenden.

Die Weltbank legt in ihrem Entwicklungsbericht vom November 2007 erstmals den Schwerpunkt auf die gezielte Förderung der Landwirtschaft im Kampf gegen die Armut - und das betrifft in erster Linie Afrika.

Alle die hier aufgeführten Faktoren verweisen darauf, dass Afrika immer noch auf relativ schwachen Füßen steht und dass es noch eine gewaltige Wegstrecke zurücklegen muss, bevor es voll in den Genuss der Vorteile der globalisierten Wirtschaft gelangen kann. Und wie verhält sich Europa gegenüber diesem neuen Afrika?

4 *„Fortschritte für die afrikanische Landwirtschaft, Vorschlag für eine Zusammenarbeit auf kontinentaler und regionaler Ebene zur Förderung der Agrarentwicklung in Afrika“, Mitteilung der Kommission vom 24.7.2007, KOM(2007) 440 endg.*

Kapitel 3. Die neue Allianz Afrika-Europa – ein Gebot der Stunde

3.1 Die Einmaligkeit der Position Europas gegenüber Afrika

Europa **befindet sich gegenüber Afrika in einer einmaligen Position** und dies aus geographischen, historischen und wirtschaftlichen Gründen sowie aufgrund seiner Rolle in vierzig Jahren Entwicklungshilfe.

„Die Geographie setzt die Regeln“ – und dies ist in der Tat so. Afrika und Europa sind Nachbarn, durch nichts als die dreizehn Kilometer breite Straße von Gibraltar voneinander getrennt.

Welche Bedeutung diese geographische Nähe hat, zeigt sich bei „grenzübergreifenden“ Problemen wie Migration, Klimawandel und die Ausbreitung von Pandemien.

Die Geschichte mit ihren schmerzvollen Episoden der Kolonialzeit hat uns ein facettenreiches gemeinsames Erbe hinterlassen.

Dazu gehören beispielsweise gemeinsame Sprachen, Berührungspunkte und Austausch im kulturellen Bereich – kurz, ein in Jahrhunderten des abwechselnd schmerz- und hoffnungsvollen Nebeneinanders entstandenen Geflechts aus unzähligen mal feinen, mal festen Fäden. Daneben sind es die in der **Diaspora** lebenden Menschen, die zur Entstehung von oft stark persönlich geprägten menschlichen Bindungen zwischen beiden Kontinenten

beitragen und die gleichzeitig für Afrika eine Quelle erheblicher finanzieller Einkünfte sind.

Zwar hat die Emigration der Fachkräfte negative Auswirkungen auf die Entwicklung des afrikanischen Kontinents, doch daneben wird dies auch durch positives Einwirken der Diaspora kompensiert.

Nach Schätzungen der Weltbank haben die Heimatüberweisungen der afrikanischen Diaspora 2005 mit mehr als 13 % zum BIP des Kontinents beigetragen. In den OECD-Staaten halten sich 4,6 Millionen Afrikaner auf, von denen 2,3 Millionen aus Subsahara-Afrika kommen. Angeregt durch Vernetzungseffekte sehen sich die Fachkräfte unter den Migrantengruppen dazu veranlasst, in ihre Heimatländer zu investieren. Für die Jahre 2000-2003 ergibt sich im Falle von 41 afrikanischen Staaten, für die entsprechende Daten vorliegen, eine jährliche Transferleistung von rund 13 Milliarden USD. Die größten Nutznießer sind Nigeria mit 1,527 Milliarden USD bzw. 3,2 % seines BIP, Sudan mit 896 Millionen USD bzw. 6 % seines BIP, Kenia mit 486 Millionen USD bzw. 4,1 % seines BIP, Uganda mit 347 Millionen USD bzw. 5,9 % seines BIP und Senegal mit 307 Millionen bzw. 6,0 % seines BIP.

Mit diesen Transferleistungen hat sich der Anteil der in Armut lebenden Menschen deutlich verringert, und zwar in Uganda um 11 % und in Ghana um 5 %. Es handelt sich zwar um private Gelder, die jedoch unbestreitbar ein gewaltiges Potential für die Entwicklung in den Heimatländern darstellen.

Dies ist ein Bereich, in dem die Europäische Union und ihre Partner in Afrika gemeinsam mit der zu Netzen und Gruppen zusammengeschlossenen afrikanischen Diaspora ein Terrain für den Aufbau von neuen Formen der Zusammenarbeit finden könnten.

Europa ist einer der größten Wirtschaftspartner Afrikas, nimmt als Handelspartner Platz Nr. 1 ein und ist außerdem der größte Importeur afrikanischer Agrarerzeugnisse. Auf Europa entfallen wertmäßig 68 % der in Afrika getätigten ausländischen Direktinvestitionen.

Verstärkt werden diese Beziehungen durch die Beharrlichkeit, mit der Europa vierzig Jahre lang als wichtigster Geber öffentlicher Entwicklungshilfe Afrika nicht Darlehen, sondern Zuschüsse gewährt hat.

Die Afrikahilfe ist so alt wie die Europäische Union. Bereits bei den Verhandlungen über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft tauchte die Frage auf, wie die Mitgliedsstaaten ihre Beziehungen zu den Kolonien rechtlich definieren sollen. Das führte dann zum Assoziierungsabkommen zwischen den Überseegebieten und der EWG, die in Teil IV des Römischen Vertrags über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft enthalten sind. Erklärtes Ziel dieser Assoziierung war die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dieser Länder und Gebiete und die Begründung enger wirtschaftlicher Beziehungen zwischen ihnen und der Gemeinschaft als Ganzes. Anfänglich waren in dieser Assoziation 18 afrikanische Staaten zusammengeschlossen. Für die

Finanzierung der Entwicklungsmaßnahmen wurde der aus Beiträgen der Mitgliedstaaten finanzierte und vom Gesamthaushalt der Gemeinschaft unabhängige Europäische Entwicklungsfonds eingerichtet. 1963, in einer Zeit also, in der die afrikanischen Staaten nach und nach unabhängig wurden, trat an die Stelle dieses Abkommens das nach seinem Unterzeichnungsort benannte „Abkommen von Yaoundé“. Dieses wiederum wurde 1975 anlässlich der Integrierung der ehemaligen britischen Kolonien vom Lomé-Abkommen abgelöst, in dem nunmehr die 9 Mitgliedstaaten der EWG und 46 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik (die so genannten AKP-Staaten) zusammengeschlossen waren. Diese Partnerschaft wurde im Laufe der Jahre weiter entwickelt und durch die Nachfolgeabkommen Lomé II, Lomé III und Lomé IV verstärkt, und schließlich durch das zurzeit geltende, 2005 revidierte Abkommen von Cotonou aus dem Jahre 2000 ersetzt.

Im Laufe der Zeit sind sämtliche Staaten in Subsahara-Afrika diesem Abkommen beigetreten.

Von den für die AKP-Staaten im 10. Europäischen Entwicklungsfonds (2008-2013) vorgesehenen 23 Milliarden € sind 90 % für die afrikanischen Staaten bestimmt.

3.2. Eine einmalige Position - von Europa ungenutzt

Es sieht jedoch danach aus als ließen die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten diese einmalige Position

gegenüber Afrika ungenutzt.

Dafür gibt es eine Reihe von Gründen.

Zunächst einmal wird die Beziehung zu Afrika durch die komplizierte, politische Organisation der Europäischen Union erschwert. Dazu kommt, dass die Vergangenheit die gegenwärtige Politik der Mitgliedsstaaten belastet.

Das Erbe der Kolonialzeit, die kulturellen Beziehungen und die bilaterale Außenpolitik veranlassen bestimmte Mitgliedstaaten, privilegierten Beziehungen zu einigen afrikanischen Staaten den Vorzug zu geben, statt sich für ein kohärentes Vorgehen im Rahmen der europäischen Institutionen zu entscheiden.

Außerdem war Europa bis vor kurzem nicht in der Lage, seine Aktivitäten in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit und Handel sowie die intern verfolgten politischen Ziele nach außen und seine Außenpolitik zu koordinieren und auf einander abzustimmen.

All dies führt dazu, dass Europa Mühe hat, seine Position als globaler Partner für Afrika überzeugend zu vermitteln und die politischen Aktivitäten auf europäischer Ebene und auf der Ebene der Mitgliedstaaten zu einer in sich schlüssigen Strategie zu vereinen.

Hinzu kommt eine Art **Rentiermentalität**, die dazu verleitet, sich auf der ererbten Vormachtstellung auszuruhen. Dabei wird vergessen, welche Bedeutung die Konkurrenz in den Beziehungen zu Afrika

mittlerweile gewonnen hat. Die Entwicklung der ausländischen Direktinvestitionen in Afrika und der Finanzströme zeigt, wie weit die Stellung der Europäer bereits mutatis mutandis erodiert ist.

Die internationalen, auf die Verträge basierenden Finanzströme aus Europa haben zwar seit 1990 von 53 Mrd. auf 120 Mrd. USD zugenommen, doch ihr Anteil an diesen Aktivitäten ist in Afrika gleichzeitig von 15 auf 5 % zurückgefallen.

Allzu häufig dominiert in Europa in Kreisen der politischen Verantwortlichen, in der öffentlichen Meinung und im Privatsektor noch der „**Afropessimismus**“. Afrika steht nach wie vor in dem Ruf, ein Problemfall zu sein. Diese Sichtweise verleitet zu einer paternalistischen, wenn nicht gar moralisierenden Haltung. Mit solchen Scheuklappen hindern wir uns selbst daran, in Bezug auf Afrika zu einem Umdenken zu gelangen.

Dem entspricht inzwischen eine weit selbstsicherere und anspruchsvollere Haltung der Afrikaner gegenüber Europa, und die politische Führung in Afrika kritisiert die europäischen Staaten immer offener für ihre zögerliche, auf den Rückspiegel fixierte Einstellung und gibt uns unmissverständlich zu verstehen, dass Afrika längst nicht mehr das ausschließliche Revier der Europäer ist.

Die gemeinsame Geschichte bietet keine ausreichende Basis mehr. Die afrikanischen Partner erwarten von uns mehr Dynamik und eine erfolgsorientierte Strategie.

Der Staatspräsident von Senegal, Abdoulaye Wade, hat

trotz all seiner sehr kritischen und zuweilen ungerechten Worte an die Adresse Europas im November 2007 daran erinnert, wie wichtig es ist, dass Europa und Afrika aufbauend auf ihre Komplementaritäten das Fundament für eine objektive Allianz legen, um eine Schicksalsgemeinschaft einzugehen.

In der Tat erkennen die Afrikaner an, dass Europa über die erforderliche Legitimation und das Potenzial verfügt, um eine echte Allianz aufzubauen, die jenseits der Idee von Europa als der Schirmherrin Afrikas angesiedelt ist.

Erstens erscheinen die Beziehungen, die Europa zu Afrika im Rahmen der AKP-Abkommen aufgebaut hat, als Vorbild für eine in geregelten Bahnen verlaufende Globalisierung, die auf Solidarität und Maßnahmen der Begleitung auf dem Wege in die wirtschaftliche Öffnung gegründet ist.

Zweitens haben die Beziehungen zwischen Europa und Afrika nicht die unter den Weltmächten klassischer Prägung üblichen vordergründigen sektoralen Interessen zur Grundlage, selbst wenn es vorkommen kann, dass bestimmte Mitgliedstaaten auch Interessen dieser Art verfolgen bzw. dafür eintreten.

Die Herangehensweise der Europäischen Union ist insofern einmalig, als sie als globale Macht der „sanften“ Art agiert, deren Konzepte für Entwicklungszusammenarbeit, Wirtschaftswachstum und Sicherheit auf Gesetzen, Regeln und beispielhaftem Verhalten aufbauen.

Mit der Afrikanischen Union und der NEPAD haben sich die afrikanischen Staaten für die kontinentale und regionale Dimension entschieden. Sie halten somit Ausschau nach Partnern, die bereit und in der Lage sind, Probleme ganzheitlich anzugehen, sei es, dass es sich dabei um den Umgang mit Krisen und Auswegen aus Krisen, Finanzierung, Entwicklungszusammenarbeit oder um die Eingliederung in die Weltwirtschaft und den Welthandel handelt.

Drittens müssen sich die Europäische Union und Afrika klar darüber werden, dass sie aufeinander angewiesen sind und dass es in beider Interesse liegt, sich zusammenzutun, um gemeinsam die Aufgaben in Angriff zu nehmen, vor die sie die Globalisierung stellt und um die sich dabei bietenden Chancen wahrzunehmen.

Europa ist mit seiner für beide Kontinente vorteilhaften wirtschaftlichen und kommerziellen Dynamik und gleichzeitiger Förderung der Entstehung einer lokalen Verarbeitungsindustrie besser als andere dazu in der Lage, Afrika zu helfen, mit seinen immensen natürlichen Ressourcen einen optimalen Mehrwert zu erwirtschaften.

Afrika selbst muss sich immer auf einen Partner verlassen können, der den Kontinent nicht in die Rivalitäten anderer Weltmächte hineinzieht und dem Kontinent kein Entwicklungsmodell aufdrängt, das dessen ureigenen Interessen zuwiderläuft. Mit einem solchen Vorgehen gewänne die alte Idee vom

euroafrikanischen Raum, die eine Neuauflage wert wäre, eine neue Aktualität.

Kommt diese Allianz nicht zustande, dann geht die Globalisierung über uns hinweg. Gemeinsam sind Afrikaner und Europäer dazu in der Lage, der Globalisierung eine Wende zu geben, die eher ihren gemeinsamen Wertvorstellungen entspricht und bei der ihrer beider Identität besser gewahrt bleibt. Die einzige echte Herausforderung, der sich Europa nun stellen muss, besteht darin, ein für allemal die Natur seiner Beziehungen zu Afrika zu verändern.

Europa muss seine Strategie gegenüber Afrika revolutionieren, wie es andere bereits getan haben. Genau dieses hat sich die Europäische Kommission vorgenommen, als sie 2005 ihre Afrikastrategie vorlegte und versprach Afrika zur obersten Priorität ihrer Außenpolitik zu machen.

Kapitel 4. Die neue Partnerschaft zwischen Afrika und Europa: global, ambitioniert und auf Dauer angelegt

Die neue Partnerschaft zwischen Europa und Afrika gründet auf drei wesentlichen Komponenten.

4.1 Die Neudefinierung der Prinzipien unserer Partnerschaft

Es gilt, die Prinzipien unserer Partnerschaft neu zu bestimmen, und zwar auf der Grundlage einer Verantwortung, zu der sich die mit gleichen Rechten und Pflichten ausgestatteten Partner uneingeschränkt bekennen. Es muss mit dem vorsintflutlichen Geber-Nehmer-Schema aufgeräumt werden, das zu nichts anderem führt als zu Attitüden des erhobenen Zeigefingers und Mitleidsbekundungen. Ausgehend von einer gemeinsamen Basis müssten wir in der Lage sein, in einen vorurteilsfreien, offenen und respektvollen Politikdialog einzutreten, in dem ein jeder sich seiner Verantwortung stellt.

Europa muss beispielsweise die notwendigen Schritte unternehmen, damit seine in einzelnen Bereichen verfolgte Politik – Beispiel: Landwirtschaft und Handel – sich nicht länger bremsend auf die Entwicklung in Afrika auswirkt, sondern diese befördert. In diesem Bereich konnten erhebliche Fortschritte erzielt werden: Unsere unionsintern verfolgten Strategien haben dadurch an Kohärenz gewonnen, doch es bleibt noch viel zu tun.

Afrika muss seinerseits dafür sorgen, dass die Staaten besser regiert werden, die Leistungsfähigkeit der staatlichen Behörden gesteigert wird, dass die individuellen und kollektiven Rechte und Freiheiten der Bürger durch unparteiische Institutionen garantiert, die Versorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten öffentlichen Diensten gewährleistet sowie die durch gute Verwaltung der natürlichen Ressourcen erwirtschafteten Gewinne gerechter verteilt und die Entstehung einer wachsenden Bürgergesellschaft gefördert werden.

Auf dem **Lissabonner Gipfel** geht es vor allem darum, den richtigen Ton für diese neue politische Partnerschaft zwischen Europa und Afrika zu finden.

Die Beziehungen zwischen Afrika und Europa müssen frei von Komplexen und pragmatisch sein.

Die fünf maßgeblichen Themen müssen zu den Kernbereichen der angestrebten politischen Partnerschaft werden. Gute Regierungsführung und Menschenrechte, Frieden und Sicherheit, Migration, Energie und Klimawandel sowie Handel, Infrastruktur und Entwicklungszusammenarbeit sind allesamt globale Anliegen, von deren Verwirklichung das Wohlergehen und die Lebensqualität der Bürger in Europa und in Afrika abhängen.

Die von unserer Partnerschaft ausgehende Botschaft darf künftig nicht mehr aus der Defensive heraus formuliert werden. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, die Lage in Darfur, die Atomenergie, Migration,

Simbabwe oder der Internationale Strafgerichtshof sind allesamt heikle Themen, doch unter uns dürfen wir Meinungsverschiedenheiten nicht scheuen.

Diese neue Form der Partnerschaft erhält ihren Schliff und ihre Beständigkeit durch unsere beiderseitige Fähigkeit, ohne vorgefasste Meinung, unaufgeregt und undogmatisch die heißesten Eisen anzupacken.

Letzthin kommt es einzig darauf an, dass dieser Dialog in einer Atmosphäre des gegenseitigen Respekts und des beiderseitigen Vertrauens stattfindet. Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit unserer Partnerschaft werden davon abhängen, inwieweit diese neue Beziehung authentisch bleibt.

4.2 Arbeitsplan für eine globale, ambitionierte und funktionsfähige Partnerschaft

Dieser Forderung entsprechen die gemeinsam von der Europäischen Union und der Afrikanischen Union für den Gipfel erarbeitete Strategie und der zugehörige Aktionsplan.

Vorgeschlagen wird darin eine umfassende Partnerschaft, die über die Entwicklungszusammenarbeit und über den institutionellen Rahmen hinausgeht und operativ und pragmatisch angelegt ist.

Mehr als nur Entwicklungszusammenarbeit

Es gilt nun, einen Dialog über Themen zu initiieren, die

Afrika und EU gleichermaßen betreffen, wie verantwortliches Regieren, Handel, Infrastruktur, Entwicklung des Privatsektors, Kultur, neue Technologien und auch Energie, Klimawandel und Migration zuzuwenden.

Afrika kann nicht exklusive Domäne der Außenminister oder der Entwicklungsminister sein. Die Verantwortlichen aller Sektoren müssen mobilisiert werden, und das ist ein gewaltiges Potenzial, das es zu nutzen gilt.

Die Europäische Kommission hat auf Betreiben von Präsident Barroso dies zum Prinzip erhoben und bereits Treffen zwischen Vertretern der Europäischen Kommission und denen der Kommission der Afrikanischen Union organisiert. Diese Arbeitssitzungen haben bereits zweimal stattgefunden, und zwar 2005 in Brüssel und 2006 in Addis-Abeba, dem Sitz der Afrikanischen Union.

Die jeweils für das gleiche Ressort zuständigen europäischen und afrikanischen Kommissare reden miteinander, tauschen bewährte Praktiken aus, knüpfen Kontakte und erarbeiten gemeinsam Kooperationsprogramme und Kooperationsprojekte - beispielsweise in den Bereichen Infrastruktur, Verkehr, Gesundheitswesen, Energie sowie Wissenschaft und Forschung.

Genauso hat das Europäische Parlament eine Partnerschaft mit dem panafrikanischen Parlament

geschlossen. Dazu wird eine Delegation bestehend aus Vertretern beider Parlamente eingesetzt, die zum Forum für Diskussionen und für die euroafrikanische Demokratiedebatte im Rahmen der Partnerschaft beider Kontinente werden soll. Am Vorabend des Gipfels findet in Lissabon eine erste gemeinsame Sitzung von Vertretern des Europäischen Parlaments und des Panafrikanischen Parlaments statt, und zwar wird es sich dabei um eine Anhörung der EU-Kommission und der Kommission der Afrikanischen Union zum Thema gemeinsame Strategie und Aktionsplan handeln.

Auf der Ebene der Staaten muss anlässlich der großen Gipfeltreffen für mehr Kontinuität gesorgt werden. Ein gangbarer Weg für die Zukunft wären die gemeinsamen Ratssitzungen der jeweils für ein Ressort zuständigen Fachminister - wie beispielsweise sämtliche europäische und afrikanische Verkehrs- oder Telekommunikationsminister; das böte Gelegenheit, konkrete Arbeitsprogramme aufzustellen, wodurch ein konkreteres, stärker integriertes und somit wirksameres Vorgehen bei unseren Aktionen gewährleistet wäre.

Mehr als nur die Institutionen

Während der Vorarbeiten haben wir breite Konsultationen mit allen Teilen der Bürgergesellschaft und somit auch mit den Sozialpartnern und der Privatwirtschaft geführt⁵. Damit wollen wir sicherstellen, dass sich alle diese Gesprächspartner

5 Vgl. Website: <http://europafrika.org/public-consultation/>

während der Phase der Umsetzung der im ersten Aktionsplan als prioritär ausgewiesenen Maßnahmen permanent voll einbringen. Der Lissabonner Gipfel mobilisiert durch Veranstaltung von Foren und Vorträgen eine eindrucksvolle Anzahl von Akteuren, woran sich bereits auf sämtlichen Ebenen (regierungsunabhängige Organisationen, Parlamentarier, Gebiets- und Ortskörperschaften, Privatsektor, Bürgergesellschaft, Sozialpartner usw.) die Intensität dieser Partnerschaft ablesen lässt.

Uns ist die Aufgabe gestellt, auf Dauer Kontakte zwischen den Bürgergesellschaften beider Kontinente zu entwickeln und zu knüpfen.

Das Engagement sämtlicher Gesprächspartner wird während der Phase der Umsetzung der prioritären Aktionen fortgesetzt. In den letzten Jahren sind zahlreiche Verbände und Foren der euroafrikanischen Zusammenarbeit entstanden. Es geht nunmehr darum, diese Dynamik in dem von der Gemeinsamen Strategie vorgegeben Rahmen weiter anzukurbeln.

Die Europäische Kommission und die Kommission der Afrikanischen Union haben vor zwei Jahren ein Forum für den politischen Dialog mit der Privatwirtschaft in Afrika und Europa eingerichtet. Foren dieser Art gibt es für mehrere Regionen der Welt, mit denen die Europäische Union Abkommen hat, so

war es nun an der Zeit, etwas Vergleichbares für Afrika zu schaffen.

Dieses Wirtschaftsforum gibt der Privatwirtschaft die Möglichkeit, gegenüber afrikanischen und europäischen Entscheidungsträgern seine Erwartungen und Wünsche zu artikulieren, um so das Geschäftsklima in Afrika günstig zu beeinflussen und letztlich die Weichen für ein umfassendes Wachstum auf Dauer zu stellen⁶.

Dieses Forum wird sich dabei vor allem folgender Themen annehmen: Gute Regierungsführung, Stärkung der Institutionen und größere Kohäsion der Regulierung, um Afrika für Investitionen attraktiver zu machen und die Geschäftspraxis zu vereinfachen. Das Forum hat bereits 2006 in Brüssel und 2007 in Accra getagt, und die nächste Zusammenkunft ist für 2008 in Europa geplant. Der in Accra verabschiedete Aktionsplan enthält detaillierte Empfehlungen zu den vier Themen Handel und regionale Integration, Zusammenschluss der informations- und kommunikationstechnologischen Netze, der Verbund im Bereich der materiellen Infrastruktur und Unternehmertum.

In diesen Empfehlungen sind die einzelnen detaillierten Ziele, die Zuständigkeiten der privaten oder öffentlichen Akteure sowie ein Zeitplan und Fortschrittsindikatoren aufgeführt.

Die am Rande des Lissabonner Gipfels tagenden Ortskörperschaftsverbände aus Europa und Afrika⁷ stehen für einen Bereich, der für eine Partnerschaft in

6 http://ec.europa.eu/development/Geographical/europe-cares/african/business_forum_en.html

7 *Cités et Gouvernements Locaux Unis d'Afrique (CGLU/Africa)*, www.uclgafrika.org

dezentraler Entwicklung und Demokratieförderung auf kommunaler Ebene einiges verspricht. Ob Städtepartnerschaften, Krankenhäuser, Sportvereine oder Hochschulen, – das Multiplikatorpotenzial der europäisch-afrikanischen Partnerschaft ist schier unbegrenzt.

Vor Ort legen viele afrikanische und europäische Frauen und Männer ein sichtbares Zeugnis von echter Solidarität und Kooperation zwischen den Bürgergesellschaften beider Kontinente ab.

Die europäisch-afrikanische Partnerschaft wird darauf angelegt sein, diese Kooperation noch weiter zu fördern; sie wird - wo immer möglich - die Einrichtung gemeinsamer Organisationen begünstigen und vor allem der Entwicklung der Kapazitäten der zivilgesellschaftlichen Organisationen und Vereinigungen in Afrika fördern.

Gemeinsame Interessen nach außen projizieren

Unsere Zusammenarbeit wird es uns gestatten, einvernehmlich die gemeinsamen Interessen zu definieren und diese mit erhöhten Chancen erfolgreicher Einflussnahme gemeinsam vor die internationalen Instanzen und Gremien zu bringen.

Wäre es tatsächlich so undenkbar, dass Europa und Afrika gemeinsam für die Idee eines repräsentativeren Weltsicherheitsrates eintreten? Wäre es undenkbar, eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, um eine bessere

Vertretung des afrikanischen Kontinents z.B. in den Institutionen von Bretton Woods zu erreichen? Wäre es undenkbar, dass Europa und Afrika auf internationalen Klimaschutzkonferenzen wie in Bali gemeinsam für ein ambitioniertes Anschlussabkommen zum Kyoto-Abkommen einzutreten? In Bereichen wie Frieden und Sicherheit müssen wir ebenso in der Lage sein, an die Spannungen und Krisen unserer beiden Kontinente ebenso offen heranzugehen wie an die Krisen in der übrigen Welt, das betrifft vor allem die Nahostkrise, die unmittelbar die Stabilität Afrikas und Europas berührt. Ein anderer Aspekt wird darin bestehen, Afrika noch systematischer als bislang auf die Tagesordnung unserer Treffen mit unseren anderen Partnern zu setzen, die wie China, Indien, Brasilien, Japan, Russland und die USA ebenfalls in Afrika präsent sind.

Eine globale funktionsfähige und pragmatische Partnerschaft

Lissabon ist der Beginn einer konkreten Partnerschaft, die handlungs- und ergebnisorientiert ist. Die Gemeinsame Strategie knüpft an den Aktionsplan 2008-2010 an und gliedert sich in acht strategische Einzelpartnerschaften.

• Partnerschaft für Frieden und Sicherheit

Die Europäische Union wird ihre Unterstützung der Konfliktprävention, der Friedensmaßnahmen sowie der Verstärkung der afrikanischen Kapazitäten der

Krisenbewältigung auf kontinentaler, subregionaler und einzelstaatlicher Ebene ausbauen. Die Europäische Union und die Afrikanische Union werden enger zusammenarbeiten und können im Rahmen der Vereinten Nationen ihre Positionen koordinieren, wenn es darum geht, über friedenserhaltende Maßnahmen in Afrika oder anderswo zu entscheiden.

Schließlich müssen die Europäische Union und die Afrikanische Union gemeinsam gegen die Verbreitung leichter Waffen und gegen den Einsatz von Landminen vorgehen.

Die wichtigste Finanzierungsquelle für den Sicherheitsbereich ist die im Europäischen Entwicklungsfonds eingerichteten Friedensmissionen für Afrika. Aus den Mitteln dieses mittlerweile mit fast 440 Millionen € dotierten Instruments konnten u.a. die Mission der Afrikanischen Union in Sudan und Darfur und die Mission der Afrikanischen Union in Somalia bestritten werden. Aus den Mitteln für Friedensmissionen werden die afrikanischen Konfliktpräventions- und Konfliktbewältigungskräfte mit annähernd 35 Millionen € gefördert, worunter auch der Aufbau der afrikanischen Überwachungsstreitkraft fällt. Das mit Haushaltsmitteln der Europäischen Union dotierte Finanzierungsinstrument zur Förderung der Stabilität wird für nichtmilitärische Aspekte der Maßnahmen mobilisiert, so z.B. für die Ausbildung von Polizeikräften in Tschad als Teil der gemeinsam von der Europäischen Union und den Vereinten Nationen durchgeführten Friedenserhaltungsmission.

• **Partnerschaft im Bereich demokratisches Regieren und Menschenrechte**

Es kommt darauf an, dass zwischen der Europäischen Union und Afrika ein von Komplexen freier intensiver politischer Dialog über demokratisches Regieren und Menschenrechte geführt wird. Europa fällt es immer noch schwer, neben dem bilateralen Dialog mit einzelnen afrikanischen Staaten über diese Thematik einen Dialog von Kontinent zu Kontinent zu führen.

Es wäre jedoch wichtig, über unsere Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof und über Fälle zu reden, in denen die staatliche Souveränität hinter die Pflicht zurücktritt, Menschen gegen ihre eigene politische Führung zu schützen, der gegenüber sie machtlos sind.

Es wird ein Forum für demokratisches Regieren einzurichten sein, das eine Plattform für einen offenen und strukturierten europäisch-afrikanischen Dialog über die überparteilichen Institutionen bieten wird.

Bei dieser Art von Fragen muss man sich davor hüten, ideologisch befrachtete endgültige Werturteile zu fällen, und es gilt sich darüber klar zu werden, dass niemand die Tugend für sich allein gepachtet hat.

• **Partnerschaft im Handel und regionale Integration**

Handel und regionale Integration sind die Hauptsektoren des Wirtschaftswachstums. In Afrika kann es genauso wenig wie anderswo eine zukunftsfähige

Entwicklung ohne Wohlstand geben.

2007 ist das BIP in Subsahara-Afrika zum vierten Mal in Folge um mehr als 5 % gestiegen. Durchschnittlich 5 % erreicht auch seit einigen Jahren das auf ganz Afrika bezogene Wirtschaftswachstum. Das Wachstum könnte jedoch noch weit größer sein, wenn es nicht durch den allgemein schwachen innerafrikanischen Handel gebremst würde.

Einer der wichtigsten, die Entwicklung von Handel und Wirtschaft der afrikanischen Staaten behindernden Faktoren ist die schwache Integration der regionalen Wirtschaft. Mit größeren Märkten und dadurch zunehmenden ausländischen Investitionen böte eine stärker integrierte regionale Wirtschaft erhebliche Anreize für mehr Handel. Der innerafrikanische Handel leidet trotz eines enormen Potentials unter den zwischen den afrikanischen Staaten noch bestehenden tariflichen, technischen und anderen Hemmnissen. Es ist schlichtweg absurd, dass die Ausfuhrkosten einer Tonne Mais von Sambia nach Tansania höher sind als die Ausfuhrkosten einer Tonne Mais aus Sambia nach Europa oder in die USA.

Der Anteil Afrikas am Welthandel ist in absoluten Zahlen von 5 % vor zwanzig Jahren auf zurzeit weniger als 2 % zurückgefallen. So gesehen haben die Erfahrungen aus vierzig Jahren Präferenzhandel zwischen Afrika und Europa zu keinem überzeugenden Ergebnis geführt. Inzwischen verlangt die Welthandelsorganisation die Abschaffung dieser

gegenüber anderen Entwicklungsländern als diskriminierend erachteten Handelsregelungen.

Dies ist der Grund, weshalb die Europäische Union und die Staaten Afrikas, der Karibische und der Pazifische Raum beschlossen haben, **Wirtschaftspartnerschaftsabkommen** (WPA) zu schließen, mit denen die afrikanischen Volkswirtschaften über die Schaffung regionaler Märkte belebt werden sollen, und die es bei Einhaltung der WTO-Regeln erlauben, den Präferenzzugang zum europäischen Markt offen zu halten. Diese Form der Integration wird einen Zustrom ausländischer Investitionen auslösen und wegen der zu erwartenden Skalenerträge der Kapitalflucht aus Afrika einen Riegel vorschieben – zurzeit verlassen jährlich 39 Milliarden USD den afrikanischen Kontinent, bei gleichzeitiger Investition von nur 19 Milliarden USD.

Die anvisierten regionalen Märkte führen zur Entwicklung von Integrationstechniken, die identisch mit den in Europa so erfolgreichen sind, wobei es sich im Einzelnen um die Einführung eines gemeinsamen Zolltarifs, die Beseitigung tariflicher und anderer Hemmnisse sowie ausgewogene und kalkulierbare Wettbewerbsregeln handelt.

Die Errichtung stärker integrierter regionaler Märkte geht einher mit zweierlei Aktivitäten, die der Untermauerung der Zielsetzungen dieser regionalen

Märkte dienen:

– Zunächst die progressive, vor allem aber asymmetrische Liberalisierung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs zwischen diesen Regionen und Europa.

Die Europäische Union hat im Rahmen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen vorgeschlagen, ab 1. Januar 2008 den freien Zugang zum Europäischen Markt auf sämtliche Waren aus Subsahara-Afrika auszudehnen, bei gleichzeitigen Übergangsregelungen lediglich für Reis (bis 2009) und Zucker (bis 2015).

– Zudem die Gewährung einer jährlichen Hilfe von 2 Milliarden € zur Förderung des Handels und des produzierenden Gewerbes, inklusive der Landwirtschaft. Darüber hinaus wurden rund 5,6 Milliarden € für den Bau von Infrastruktur bereitgestellt, die für die Verknüpfung der regionalen Märkte untereinander und somit für ihr Funktionieren notwendig ist.

Von brutaler Liberalisierung kann also keine Rede sein, denn es handelt sich um eine schrittweise und stets beherrschbare Marktöffnung. Keiner der internationalen Akteure hat sich so für Afrika eingesetzt wie Europa.

Auf die europäische Privatwirtschaft kommen wichtige Aufgaben zu. Sie sollte sich darum bemühen, der Pfründewirtschaft ein Ende zu setzen und bei der Verwertung der natürlichen Ressourcen eine optimale Wertschöpfung zu erzielen.

Partnerschaft zur Verwirklichung der entwicklungspolitischen Millenniumsziele

Afrika ist bei der Verwirklichung der entwicklungspolitischen Millenniumsziele bis 2015 in Verzug geraten.

Einige positive Entwicklungen sind jedoch bereits festzustellen, so konnten die Einschulungsquoten zwischen 1991 und 2004 von 72 % auf 93 % gesteigert werden. In 30 von 36 Staaten, von denen entsprechende Daten vorliegen, schrumpft das Gefälle zwischen Männern und Frauen, liegt aber beim Zugang zur Grundschulbildung im Schnitt immer noch bei 15 %. In 31 von 45 Staaten, die entsprechende Daten über die Zusammensetzung ihrer Parlamente mitgeteilt haben, steigt die Zahl der weiblichen Parlamentsabgeordneten. Gleichzeitig steigt die Zahl der Armen, die weniger als einen Dollar pro Tag zum Leben habenbeständig und sämtliche die acht entwicklungspolitischen Millenniumsziele betreffenden Indikatoren zeigen, dass Afrika Mühe hat, seinen Rückstand aufzuholen ⁸.

Angesichts dieser Bilanz haben die Leiter der multilateralen und internationalen zwischenstaatlichen Organisationen auf Betreiben des Generalsekretärs der Vereinten Nationen die Lenkungsgruppe ‚Entwicklungspolitische Millenniumsziele‘ für Afrika ⁹ ins Leben gerufen. Die Kommission ist in

8 Vgl. Mitteilung der Vereinten Nationen über die entwicklungspolitischen Millenniumsziele in Afrika im Jahre 2007, <http://www.un.org/french/millenniumgoals/africa07mdg.pdf>

9 Vgl. amtliche Website: <http://www.un.org/french/millenniumgoals/afirsteering.html>

dieser Gruppe durch ihren Präsidenten Barroso vertreten.

Gemessen am Hilfevolumen ist die EU der internationale Geber, der das meiste für Afrika leistet ¹⁰.

Unsere Hilfe ist eindeutig auf die Verwirklichung der entwicklungspolitischen Millenniumsziele ausgerichtet. Neu für die EU-Politik ist die größere Planbarkeit der Finanzierungen. Ein Finanzminister kann dem Bildungs- oder Gesundheitsminister nicht Mittel für die Einstellung von 1000 Lehrern oder Krankenschwestern zuweisen, wenn er nicht über mehrere Jahre mit den entsprechenden Mittelbereitstellungen rechnen kann. Aus diesem Grund hat die Europäische Kommission den „Vertrag ‚Entwicklungspolitische Millenniumsziele‘“ vorgeschlagen, wobei es sich um sechsjährige mit bestimmten AKP-Staaten zu schließende Vereinbarungen im Rahmen des 10. EEF handelt.

Diese Finanzierungen erfolgen in Form von Mehrjahresbudgetbeihilfen, wobei eine jährliche Überprüfung vorgesehen ist.

Die Gewährung dieser Hilfe ist an Indikatoren gebunden, die sich auf Erfolge bei der Verwirklichung der entwicklungspolitischen Millenniumsziele beziehen.

Partnerschaft im Bereich Energie

Ziel dieser Partnerschaft ist es, die Organisation einer besseren Bewirtschaftung der energiewirtschaftlichen

10 Vgl. Teil 3 des Kapitels 4 „Entwicklungshilfe der Europäischen Union in Afrika“

Ressourcen, die flächendeckende Elektrifizierung in Afrika (500 Millionen Afrikaner sind noch ohne Stromanschluss), der Aufbau von Netzen und die grenzübergreifende Zusammenschaltung von Netzen in Afrika selbst sowie zwischen Europa und Afrika.

Aus den Mitteln der Fazilität Energie für die AKP-Staaten werden bereits seit 2007 80 Projekte im Wert von 220 Millionen € finanziert, zu denen Projekte wie beispielsweise die Stromversorgung von 28 Dörfern in Kamerun, der Bau eines Miniwasserkraftwerks in Kenia und die Entwicklung der Solarstromgewinnung in Mauretanien gehören. Im Rahmen des 10. Europäischen Entwicklungsfonds sind für den Energiesektor Zuschüsse in einer Höhe von 100 Millionen € für die Jahre 2008-2013 bereitgestellt. Zudem können aus dem Treuhandfonds für den Infrastrukturbereich Kredite zu ‚weichen‘ Bedingungen vergeben werden.

Der mit 125 Millionen € ausgestattete Europäische Spezialfonds GEEREF (Fonds für Globale Energieeffizienz und Regenerative Energie) stellt ebenfalls Mittel für Investitionen und öffentlich-private Partnerschaften im Bereich der regenerativen Energieträger und der Energieeffizienz bereit.

Partnerschaften für den Klimaschutz

Die Auswirkungen des Klimawandels haben verheerende Folgen für die Armutsbekämpfung und können in so unterschiedlicher Form auftreten wie Ernteausfall, Hungersnot sowie schrumpfende Weidegebiete und versiegende Wasserstellen in Folge von Verwüstung oder

massiver CO₂-Ausstoß infolge illegaler Brandrodung. In Afrika gehen jährlich dreizehn Millionen Hektar Wald – das entspricht der Fläche von Portugal – auf diese Weise verloren. Die genannten Phänomene können wahre Völkerwanderungen auszulösen, und das beschert uns die so genannten „Klimaflüchtlinge“.

Alle Untersuchungen kommen zu dem einhelligen Urteil: wenn der Klimaschutz nicht ab sofort fester Bestandteil unserer sämtlichen Entwicklungsstrategien wird, waren alle bisherigen Investitionen – seien sie quantitativer oder qualitativer Art -umsonst.

Hier geht es also ganz klar um die Verwirklichung der entwicklungspolitischen Millenniumsziele.

Die Europäische Union hat in diesem Bereich die Führungsrolle in der Welt übernommen.

Zunächst einmal wird Europa selbst diesbezügliche Anstrengungen unternehmen und hat bereits beschlossen, seine CO₂ Emissionen bis 2020 bezogen auf den Stand von 1990 um 20 % zu reduzieren. Außerdem wird der Markt für den Emissionsrechtehandel erweitert, und es werden einschlägige Forschungsprogramme finanziert (für die Jahre 2007-2013 sind dafür zwei Milliarden € vorgesehen). Die EU hat zudem im November 2007 vorgeschlagen, gemeinsam mit den Entwicklungsländern eine globale Allianz gegen den Klimawandel zu errichten. Hinter einer solchen Allianz zwischen der Europäischen Union und den dem Klimawandel am stärksten ausgesetzten Staaten steht zum einem die Absicht, eine

starke politische Partnerschaft zu begründen, um so mit größerem Gewicht auf das Gewissen der für die Erwärmung des Planeten verantwortlichen Mächte – d.h. die Industriestaaten und die aufstrebenden Staaten – einwirken zu können, und zum anderen der Gedanke, Mittel zur Unterstützung der am stärksten bedrohten Staaten zu mobilisieren.

Bezüglich zusätzlicher Finanzmittel wissen wir bereits heute, dass die bis 2015 für Entwicklungshilfe verfügbaren Mittel nicht ausreichen werden. Es wäre politisch unverantwortlich und moralisch unannehmbar, wollte man den Kampf gegen ein vornehmlich von den reichen Industriestaaten zu verantwortendes Phänomen aus den üblicherweise für die Entwicklungshilfe vorgesehenen Haushaltsmitteln finanzieren.

Es ist somit wichtig, neue Finanzierungsquellen zu erschließen und innovative Methoden zu entwickeln, um rasch über die erforderliche kritische Masse zu verfügen, damit die Staaten mit dem größten Bedarf unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen ergreifen können.

Aus dieser Erwägung heraus haben wir den Vorschlag zu einer langfristigen weltweiten, von den reichen Staaten zu zeichnenden Anleihe gemacht, die zur Finanzierung des Kampfes gegen den Klimawandel in den Entwicklungsländern dienen sollte.

Die Europäische Kommission hat diesen Vorschlag auch der Weltbank unterbreitet. Ein derartiger Vorschlag könnte bei der Aushandlung eines neuen Abkommens

für die Zeit nach 2012 - also zwischen den zwei Konferenzen von Bali im Dezember 2007 und Kopenhagen im Dezember 2009 - von Bedeutung sein. Die Entwicklungsländer könnten sich auf diese Weise davon überzeugen, dass die Industriestaaten entschlossen sind, ihnen bei der Bekämpfung des Klimawandels tatkräftig zur Seite zu stehen. Diese Anleihe würde bereits existierende internationale Fonds und Initiativen ergänzen. Zudem werden von den Mitteln des 10. Europäischen Entwicklungsfonds 100 Mio. € für Umweltprogramme und Programme zum Klimaschutz sowie 100 Mio. € für Programme zur Minderung des Naturkatastrophenrisikos verwendet. Im Rahmen der Allianz hat die Europäische Kommission außerdem einen Anfangsbetrag von 50 Mio. € zur Verfügung gestellt.

• Partnerschaft im Bereich Migration, Mobilität und Beschäftigung

Afrika verfügt über ein schier unermessliches Potenzial an Humanressourcen. Gleichzeitig ist jedoch der Bedarf an Ausbildung und positiver Steuerung des Phänomens der Migration groß. Aus diesem Grunde müssen wir mehr Möglichkeiten für legale Migration bieten, ohne die Abwanderung der Intelligenz zu fördern, wozu Folgendes vorgeschlagen wird:

- Einrichtung von Anlauf- und Beratungszentren, die über die bestehenden legalen Wege der Migration informieren, Lehrgänge anbieten, über die Risiken der

illegalen Migration aufklären sowie Auskunft über den Zugang zu Krediten für die Gründung von Familienunternehmen erteilen, für die Inanspruchnahme von Mikrokrediten werben usw. In Mali wird im ersten Quartal 2008 ein solches Zentrum eröffnet.

- Gründung von Mobilitätspartnerschaften, wobei es sich um Abkommen handelt, die sowohl Vereinbarungen über Rückübernahme als auch über Möglichkeiten der legalen Migration umfassen. Bereits 2008 wird mit der Aushandlung einiger Pilotpartnerschaften begonnen.

- Förderung der zirkulären Migration: Auf europäischer Ebene haben wir in die Richtlinie über hochqualifizierte Fachkräfte – die sogenannte Richtlinie über die „Blaue Karte“ – Schutzklauseln eingefügt, um die für die afrikanischen Staaten so beunruhigende Flucht der Intelligenz einzudämmen. Wir haben für die Rückkehr in die Heimat eine lange Frist von 12 Monaten in Folge bzw. insgesamt 16 Monaten vorgesehen, ohne dass die Betroffenen einen Verlust ihrer Rechte zu fürchten haben. Dieses System ermöglicht es den Herkunftsländern, jeweils von der im Ausland erworbenen Qualifizierung zu profitieren. Wir sehen auch die Möglichkeit vor, mit den Entwicklungsländern Abkommen zu schließen, durch die bestimmte Sektoren der Richtlinie geschützt werden. Es ist geplant, den Mitgliedstaaten zur Auflage zu machen, bei Personaleinstellungen nach ethischen Grundsätzen zu verfahren.

- Vermeidung der Abwanderung von Studenten aus Afrika:

Einer von sechzehn Studierenden in Subsahara-Afrika studiert im Ausland und kehrt mangels Arbeitsplätzen nicht in die Heimat zurück. Was als persönliche Entscheidung erscheint entpuppt sich für die afrikanische Wirtschaft als Tragödie, die Hochschulabsolventen bitter nötig hat.

Die Europäische Union und Afrika bieten den afrikanischen Studierenden im Rahmen von Austauschprogrammen wie Erasmus Mundus und Nyerere die Möglichkeit, ein Jahr oder länger in Europa zu studieren, um im Anschluss daran in ihre Herkunftsländer zurückzukehren und dort ihr erworbenes Fachwissen und ihr Können einzusetzen.

- Bessere Nutzung der sich mit der Migration bietenden Möglichkeiten für die Zwecke der Entwicklung: 2005 sind in 34 Staaten in Subsahara-Afrika Überweisungen von afrikanischen Migranten in Höhe von rund 6,5 Mrd. € eingegangen.

- **Partnerschaft in den Bereichen Wissenschaft, Informationsgesellschaft und Weltraumtechnik**

Afrika ist dabei, die „digitale Kluft“ in rasantem Tempo zu schließen. 2006 zählte Subsahara-Afrika mehr als 110 Millionen Mobiltelefonabonnenten, was bedeutet, dass ungefähr 17 % der Bevölkerung in Subsahara-

Afrika im Besitz eines Mobiltelefons sind - gegenüber lediglich 1 % in den Neunziger Jahren. Insgesamt erwirtschaftet der Sektor der Informationstechnologie und der Kommunikation eines dieser Länder 5-7 % des BIP, und das ist ein höherer Anteil als irgendwo anders auf der Welt.

Es besteht jedoch erheblicher Bedarf an privaten Investitionen, die der Schlüssel zum Erfolg im Bereich Informationstechnologie und Kommunikation sind. Im Folgenden vier Beispiele für Projekte, bei denen Europa mit Afrika zusammenarbeiten will:

- Das Tiefseekabel EASSy (Eastern Africa Submarine System, vom Europäischen Treuhandfonds für Infrastrukturvorhaben in Afrika mitfinanziert): Es handelt sich um ein 9.900 Kilometer langes Tiefseekabel, über das Südafrika mit Sudan mittels eines Kabels aus optischer Faser miteinander verknüpft werden. Im Ergebnis wird Afrika dadurch über eine hochmoderne Technologie verfügen, die innovative Anwendungen erlaubt, wie z.B. medizinische Ferndiagnose, internationale Anrufzentralen und leistungsstarkes Internet. Das Kabel dürfte vor der Fußballweltmeisterschaft 2010 in Südafrika in Betrieb gehen.

- GMES (Global Monitoring for Environment and Security, Mitfinanzierung aus den regionalen Dotierungen): Die Weltraumtechnologien zur Erdbeobachtung ermöglichen die Überwachung

von Klimawandel, Desertifikationserscheinungen, Brandkatastrophen, Wasserreserven und Ernährungskulturen.

- Internetgestützte Dienste: Echtzeitübermittlung von Informationen an ein breites Publikum. Die Europäische Kommission verhandelt im Rahmen der NEPAD über internetgestützte medizinische Ferndiagnose. Die ESA entwickelt mit der Kommission der Afrikanischen Union ebenfalls ein Projekt in diesem Bereich.

- AMESD (Africa Monitoring of the Environment for Sustainable Development): Die Europäische Kommission finanziert dieses Projekt mit 21 Millionen €, wodurch Weltraumtechnik für Entwicklungsziele eingesetzt werden kann. Durch dieses Projekt können 53 afrikanische Staaten mit Satellitendaten versorgt werden, die eine Naturkatastrophenfrühwarnung, eine bessere Ernährungssicherung und eine bessere Nutzung der Wasser- und Energiereserven gewährleisten.

Eine Partnerschaft, die ein Engagement Europas und Afrikas auf allen organisatorischen Ebenen erfordert.

Die Umsetzung der Gemeinsamen Strategie kann und darf nicht ausschließlich Sache der Europäischen Kommission und der Kommission der Afrikanischen Union sein. Diese Strategie kann unter keinen Umständen als „trojanisches Pferd“ für zentralistische Zielsetzungen dienen. Das kann nicht ihr Zweck sein, und das entspricht nicht unseren Vorstellungen von einer

europäisch-afrikanischen Partnerschaft.

Im übrigen wäre jeder Versuch, diese Strategie ausschließlich für zentralistische Zwecke einzusetzen, von vornherein zum Scheitern verurteilt, da der Bedarf enorm ist und sämtliche Energie, alle finanziellen Mittel und persönlichen Reserven in geordneter Weise mobilisiert werden müssen, damit die im Rahmen des Aktionsplans und den zugehörigen sieben Partnerschaften eingegangenen Verpflichtungen verwirklicht werden können. Die Mitgliedstaaten der EU und der AU sind hiermit aufgefordert, einzeln oder zu mehreren bei der Umsetzung der einen oder anderen in diesem ersten Aktionsplan formulierten Partnerschaft die Führung zu übernehmen.

Die richtige Marschordnung ist sowohl auf afrikanischer als auch auf europäischer Seite insofern von Bedeutung, als dadurch sämtliche Entscheidungsebenen der Logik der jeweiligen Aktivitäten folgend nach und nach aktiviert werden können.

• Organisatorische Kohärenz auf europäischer Seite

Die von uns zu leistende Aufgabe liegt darin, auf politischer wie institutioneller Ebene ein stärker integriertes Konzept für unsere Beziehungen zu Afrika zu entwickeln. Der unserer Partnerschaft zugrunde liegende Plan für gemeinsames Vorgehen reicht weit über die eigentliche Entwicklung hinaus. Europa muss seiner Entwicklungszusammenarbeit und seinem Dialog mit allen afrikanischen Staaten eine stärker interregionale

und panafrikanische Dimension geben. Europa muss den politischen Rahmen und daneben auch seinen institutionellen Rahmen und die innergemeinschaftlichen Instrumente anpassen.

Was unsere Instrumente anbelangt, so müssen wir ab sofort kontinentübergreifende Maßnahmen umsetzen, die aus den Mitteln der verschiedenen uns für Aktivitäten in Drittländern zur Verfügung stehenden Instrumente zu finanzieren sind (Europäischer Entwicklungsfonds, das Nachbarschaftsinstrument, zu dem die afrikanischen Staaten zugelassen sind sowie die thematischen Haushaltlinien für Drittlandsaktivitäten wie z.B. die Haushaltlinien für Ernährungssicherung, Migration, Umweltschutz und Gesundheit). Es wird immer deutlicher, dass uns die nordafrikanischen Staaten als wichtige Mitglieder der Afrikanischen Union dazu drängen, konkret etwas in dieser Richtung zu unternehmen. Wir müssen somit zur Freisetzung der erforderlichen Synergien beitragen, damit die einzelnen Komponenten an Kohärenz gewinnen und unsere Aktion somit qualitativ besser wird.

Als Beispiele für Bereiche, in denen Synergien erforderlich sind, seien hier Migration und Infrastruktur genannt:

a) Die Migration ist ein Bereich, in dem Kohärenz zwischen unseren in Nordafrika und in den Subsahara-Staaten verfolgten Strategien und Aktionen unverzichtbar ist.

Das Netz der Migrationsbeobachtungsstellen muss auf den gesamten Kontinent ausgedehnt werden. Es ist in der Tat wenig sinnvoll zu versuchen, das Migrationsphänomen und die daraus resultierenden Probleme nur punktuell und zusammenhanglos zu analysieren und zu lösen und dabei eine künstliche Trennungslinie zwischen den Staaten in Subsahara-Afrika (häufig Ausgangspunkt der Migrationsströme) und den nordafrikanischen Staaten (immer häufiger Durchgangsländer) zu ziehen.

b) Für den Ausbau der Infrastruktur müssten wir die Mittel des von der Europäischen Kommission mit der Europäischen Investitionsbank eingerichteten Treuhandfonds für Infrastrukturvorhaben in Afrika und der Fazilität für Investitionen im Rahmen der Nachbarschaftspolitik konsequenter einsetzen.

Ein konkretes Beispiel ist die Initiative für das Nilbecken, die als Ziel die bessere Bewirtschaftung des Nilwassers anstrebt und in der sich zehn nordafrikanische und Subsahara-Staaten zusammengetan haben.

Einzig diese Form von Synergie ermöglicht es, die gewaltige Aufgabe zu bewältigen, vor die uns die Finanzierung der zwischen der Region südlich der Sahara und Nordafrika noch fehlenden Infrastrukturbindinglieder stellt.

Was die Finanzierung anbelangt, so brauchen wir uns nichts vorzumachen – die verfügbaren Mittel aus dem Gemeinschaftshaushalt und dem Europäischen

Entwicklungsfonds stehen in keinem Verhältnis zu unseren ehrgeizigen Plänen.

Bleiben wir beim Beispiel Infrastruktur – hier sind in dem dafür eingerichteten Treuhandfonds zurzeit zehn Staaten zusammengeschlossen. Ihre in Form von Zuschüssen geleisteten Beiträge belaufen sich auf 97 Millionen €, zu denen noch 290 Millionen € aus Darlehen der Bank hinzukommen. Hinzuzurechnen sind ferner 20 bis 40 Millionen €, die noch vor Jahresende aus den Mitteln des 9. EEF bereitgestellt werden. Wir haben bereits 16 Millionen € in Form von Zuschüssen für die Finanzierung von vier Projekten in ganz Afrika bereitgestellt. In den kommenden Monaten und Jahren werden sich die zu finanzierenden Projekte häufen. Ohne zusätzliche Finanzmittel werden wir außerstande sein, allen Wünschen unserer afrikanischen Partner nachzukommen.

Unsere neue kohärente und multidisziplinäre Strategie muss sich auf europäischer Seite auch **im institutionellen Rahmen** widerspiegeln. Das ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Steuerung und Begleitung des intensivierten Politikdialogs und der sich aus der Gemeinsamen Strategie und dem zugehörigen Aktionsplan ergebenden prioritären Maßnahmen.

Bei der derzeitigen Strukturierung des Ministerrats der Europäischen Union müssen die Afrika betreffenden Fragen im Durchschnitt sechs verschiedene Arbeitsgruppen passieren. Was das bedeutet, lässt sich

leicht erraten: Einbußen an Kohärenz, Verzettelung und schwerfällige Verwaltung.

Es bedarf also einer straffen kohärenten Struktur, um auf Seiten der Mitgliedstaaten und der Kommission eine angemessene Begleitung der Umsetzung der Gemeinsamen Strategie und des zugehörigen Aktionsplans zu gewährleisten. Kurzfristig kommt zwangsläufig lediglich eine pragmatische Lösung in Betracht, und zwar ginge es um den Vorschlag, das Mandat der Ad-hoc-Gruppe des Rates zu verlängern, die zwecks Begleitung der Aushandlung der Gemeinsamen Strategie eingesetzt wurde. Auf längere Sicht ist für Afrika jedoch die Einsetzung einer ständigen sämtliche Säulen einbeziehenden Arbeitsgruppe ins Auge zu fassen. Die Europäische Union hat mit der Ernennung eines Leiters der Kommissionsdelegation bei der Afrikanischen Union, der zudem als besonderer Repräsentant der Europäischen Union fungiert, bereits ein starkes politisches Zeichen gesetzt. Mit dieser Doppelfunktion, die gewissermaßen den künftigen europäischen auswärtigen Dienst vorwegnimmt, wird es möglich sein, die Beziehungen zur Afrikanischen Union - Entwicklungszusammenarbeit (erste Säule) und Sicherheit (zweite Säule) - mit viel größerer Kohärenz zu steuern.

Die Afrikapolitik wird sozusagen zum Pionier modernen Agierens der Europäischen Union im auswärtigen Bereich, das sich nicht auf die traditionellen Betätigungsfelder der Außenpolitik (Diplomatie, Sicherheit und Verteidigung) oder die Entwicklungsproblematik allein reduzieren lässt.

Afrika ist bereits der Schauplatz für Kriseneinsätze, bei denen die Krisenbewältigungsinstrumente der GASP und der ESVP mit denen der Hilfe der Gemeinschaft – humanitäre Hilfe, Stabilitätsinstrument sowie Wiederaufbau und Entwicklung - gleichzeitig in Aktion treten.

Beispiele dafür bieten die verschiedenen Operationen der Europäischen Union in der Demokratischen Republik Kongo, als da sind die Operation Artemis des Jahres 2003 zur Stabilisierung der östlichen Landesteile, die Operation EUFOR anlässlich der Wahlen von 2006 sowie die noch laufenden Operationen EUSEC und EUPOL zur Reformierung von Armee und Polizei. Dazu gehört auch die bevorstehende Stabilisierungsaktion im östlichen Tschad und im Nordosten der Zentralafrikanischen Republik.

• Organisatorische Kohärenz auf afrikanischer Seite

Die Afrikanische Union ist eine vielversprechende und durch nichts zu ersetzende Organisation, die mit einem noblen und schicksalsschweren Auftrag ausgestattet ist. Dank der Kommission der AU wurde sie auf afrikanischer Seite zur wichtigsten treibenden Kraft bei der Vorbereitung der Gemeinsamen Strategie und des Aktionsplans.

Diese Struktur muss in bezug auf ihre personellen und materiellen Mittel noch wachsen. Im Rahmen des 9. Europäischen Entwicklungsfonds hat die Europäische

Kommission 55 Mio. € für ein Programm zur Förderung der Institutionen in den in der Strategie für Afrika als Priorität ausgewiesenen Bereichen bereitgestellt. Diese Förderung wird mit dem 10. Europäischen Entwicklungsfonds fortgesetzt

Die Afrikanische Union benötigt „Hilfsmotoren“, um die Gemeinsame Strategie voranzubringen. Ihre Umsetzung bezieht alle subregionalen Organisationen Afrikas mit ein.

Diese Organisationen mit wirtschaftlicher bzw. politischer Ausrichtung fungieren als Relais von mehreren im Aktionsplan angestrebten Partnerschaften, an denen kein Weg vorbeiführt - gleichviel ob es sich um die Friedens- und Sicherheitsarchitektur, Handel und wirtschaftliche Integration oder um Infrastruktur handelt.

4.3 Ein neues zeitgemäßes Entwicklungskonzept für Afrika

Ein neues, zeitgemäßeres, dynamischeres, stärker bedarfsorientiertes sowie den Prinzipien der Identifizierung und der Partnerschaft verpflichtetes Entwicklungskonzept tut not.

Nur allzu oft wird die Entwicklungshilfe als hinausgeworfenes Geld oder als eigentlich lächerlich geringer Preis missdeutet, mit dem man sich ein gutes Gewissen erkauft.

Dabei ist die einzige, auf Dauer wirksame Waffe gegen die Armut das Wirtschaftswachstum, denn das

Wirtschaftswachstum schafft Wohlstand.

Den Beweis dafür liefert uns der spektakuläre Erfolg von Ländern wie Ruanda oder Tansania. Diese Länder haben es verstanden, eine klare Vision von ihrer Zukunft und – auf lange Sicht – von der zukunfts-fähigen Wirtschaftsentwicklung mit einer guten Regierungsführung und einer strukturierten und optimal eingesetzten Entwicklungshilfe zu verknüpfen. An uns liegt es nun, für eine Multiplikation von solchem ethisch bestimmtem Handeln in Afrika zu sorgen.

Die Europäische Union hat ihre Entwicklungspolitik seit 2005 unter Verabschiedung des europäischen Konsenses über die Entwicklungszusammenarbeit von Grund auf erneuert. Wir sind heute nicht nur in den internationalen Hilfeanstrengungen führend, sondern auch in unseren Ansichten über Entwicklungshilfe.

Was die Quantität anbelangt, so hat die Europäische Union die noch nie dagewesene Entscheidung getroffen, bis 2010 0,5 % ihres BIP für die Entwicklungshilfe bereitzustellen und diesen Betrag bis 2015 auf 0,7 % des BIP zu erhöhen. Sie hat sich zudem darauf festgelegt, dass nach 2010 die Hälfte der auf diese Weise zu erwartenden zusätzlichen 20 Mrd. € nach Afrika gehen wird. Wir sind durchaus auf dem richtigen Wege, dieses Ziel zu erreichen.

Was die Qualität anbelangt, so fanden die Vorschläge der Europäischen Kommission im Sinne einer größeren

Effizienz der Hilfe sowohl auf Seiten der Mitgliedstaaten als auch bei den afrikanischen Partnern ein sehr positives Echo.

In bezug auf die **Kohärenz** sind wir gewichtige Verpflichtungen eingegangen. In der Tat ist es so, dass sich die gesamte europäische Politik – nehmen wir einmal die Entwicklungshilfe im engeren Sinne aus – negativ oder positiv auf die Entwicklung in den Partnerländern auswirkt, egal, ob es sich um die Politik in den Bereichen Handel, Landwirtschaft, Forschung, Gesundheit, Umweltschutz, Sicherheit, Fischerei oder Energie handelt. Das bedeutet, dass bei allen Entscheidungen die Auswirkungen auf die Entwicklungsziele berücksichtigt werden müssen.

In bezug auf die **Arbeitsteilung** sind wir ebenfalls wichtige Verpflichtungen eingegangen: Diese Arbeitsteilung müssen wir um jeden Preis verstärken, um einen Gießkanneneffekt der Hilfe zu vermeiden und um zu verhindern, dass Menschen bei der Leistung der Hilfe übergangen werden. Ist es etwa normal, dass ein afrikanischer Finanzminister im Schnitt 200 Gebermissionen im Jahr zu empfangen hat? Ist es etwa normal, dass in Kenia 20 Geber Arzneimittel über 13 verschiedene Ausschreibungsagenturen einkaufen? Ist es etwa normal, dass es in Tansania allein im Gesundheitssektor nicht weniger als 600 Projekte mit einem Volumen von jeweils weniger als 1 Mio. € gibt, die nach mehr als 20 verschiedenen Rechtsvorschriften durchgeführt werden? Wir müssen eine Verzettelung bei den Konzepten, das Gießkannenprinzip beim Einsatz

der Ressourcen und jede inflationäre Aneinanderreihung von Modellen, Methoden und Konditionen und jede sinnlose Aufblähung der Verwaltungskosten vermeiden.

Wir haben uns stark für die **Förderung der guten Regierungsführung** im weitesten Sinne engagiert und beschränken uns nicht nur auf die Korruptionsbekämpfung.

Hinter dem Begriff „guter Regierungsführung“ steht in erster Linie der Gedanke vom „gerechten Staat“ - einem Staat, der die Fähigkeit besitzt, die wesentlichen Funktionen zu erfüllen (beispielsweise Zugang der Bevölkerung zur Gesundheitsversorgung, Bildung, Justiz und Verwaltung), die Rechte und Grundfreiheiten der Menschen zu fördern und zu schützen und die Vermögensgüter verantwortlich und unparteiisch zu verwalten, damit eine gerechte Umverteilung gewährleistet ist.

Von dieser Erkenntnis geleitet hat, die Europäische Kommission die "gute Regierungsführung" zu einem Schwerpunkt des 10. Europäischen Entwicklungsfonds gemacht. Das Verantwortliche Regieren ist auch fester Bestandteil unseres mit den Partnern geführten Programmierungsdialogs, wobei auch so heikle und oft kontrovers diskutierte Fragen wie Menschenrechte, demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien, wirtschaftliche und finanzielle Aspekte, Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen oder Aspekte der Sozialpolitik nicht ausgespart bleiben. Jeder Staat ist frei

in seiner Entscheidung für oder gegen die Reformen. Die Europäische Kommission bietet all jenen zusätzliche Mittel, die den Weg der Reformen wählen. Im Europäischen Entwicklungsfonds sind für die Förderung im Bereich des verantwortlichen Regierens drei Milliarden EUR eingestellt.

Wir sind bei den Modalitäten der Bereitstellung unserer Hilfe weitreichende Verpflichtungen eingegangen, so dass im Rahmen des 10. EEF nahezu 50 % der Mittel als allgemeine bzw. sektorale Budgethilfen geleistet werden.

Die Budgethilfe ist Ausdruck unseres festen Vertrauens in die Institutionen der Partnerstaaten. Sie ist zudem ein zuverlässigerer Weg zur Identifizierung mit den jeweiligen Fördermaßnahmen und bietet somit die Garantie für stärkere Wirksamkeit.

Da die Hilfe dem Staatshaushalt zufließt, erfolgt die Umsetzung nach den vom jeweiligen Staat selbst gewählten Prioritäten und Verfahren. Diese Methode trägt zu größerer Wirksamkeit, zu verbesserter Aufnahmefähigkeit und zu mehr Transparenz der Hilfe bei.

Wir sind weitreichende Verpflichtungen eingegangen, um die Entwicklungshilfe in den Dienst der **Einbindung unserer Partner in den Welthandel** zu stellen.

Das ist der eigentliche Motor des Wachstums, mit dem sich die Möglichkeit eröffnet, Hunderte von Millionen von der Armut zu befreien und in der Verwirklichung der entwicklungspolitischen Millenniumsziele voranzuschreiten. Beispiele für den Erfolg dieses Wegs liefern – nach Südkorea, Singapur und Malaysia – China und Indien Tag für Tag.

Schlussfolgerung

In meiner Schlussfolgerung kann ich nicht umhin, die richtungweisenden klaren und zugleich erfrischend optimistischen Worte zu zitieren, die der große Afrikaner und Friedensnobelpreisträger, Desmond Tutu, zum Abschluss der Europäischen Tage der Entwicklungszusammenarbeit 2006 sprach:

„Bis vor kurzem noch rang Europa mit den Dämonen seiner wenig rühmlichen Vergangenheit. Doch dieser Teil der westlichen Welt hat es verstanden, diese Vergangenheit zu überwinden und zu dem Giganten zu werden, den wir jetzt vor uns haben. [...]

Allein im 20. Jahrhundert hat Europa zwei Weltkriege durchlitten. Gleich zwei nacheinander! Es hat den Holocaust durchlitten, bei dem sechs Millionen Juden ihr Leben lassen mussten. Millionen und aber Millionen sind in Stalins Gulag umgekommen. Europa wurde durch die Exzesse des Faschismus, des Nationalsozialismus und des Kommunismus verwüstet. Diktatoren übernahmen das Regiment in Spanien und Portugal. Selbst Griechenland, Wiege der Demokratie, erzitterte noch vor wenigen Jahren unter dem Joch einer Militärdiktatur. In Italien gab es eine Zeit, in der die Regierungen derart oft und schnell wechselten, dass man kaum noch wusste, wer das Land eigentlich regiert. Zudem gebar Europa selbst ein neues Ungemach, das als „ethnische Säuberung“ berüchtigt wurde. Nebenbei bemerkt, hat sich die schwärende Wunde Nordirland immer noch nicht vollständig geschlossen. Sie

können sich denken, dass jemand, der den Zustand Europas beschreiben wollte, sehr leicht auf die Behauptung verfallen könnte, dass Europa der ideale Boden für aufkeimenden Europessimismus ist.

Wie ermutigend für Afrika die Erkenntnis, dass dieser Teil der westlichen Welt es vermocht hat, aus Schutt und Asche, dem Vogel Phönix gleich, wieder zu erstehen und sich zu den uns heute bekannten Höhen aufzuschwingen. Dieser heute so wohlhabende und mächtige Teil der westlichen Welt hat Zeiten gesehen, in denen Menschen der Hexerei und der Häresie angeklagt wurden und auf dem Scheiterhaufen endeten. Dann gab es eine Zeit, in der die industrielle Revolution die Menschen in diesen Ländern massenhaft ins Elend stürzte. Ferner ist daran zu erinnern, dass auch in den modernen Demokratien Machthaber zu Exzessen fähig sind und zu schrecklichem Blutvergießen. Der Weg Europas war nicht frei von Hindernissen und nicht immer friedvoll. Wir Afrikaner können aus all den Ereignissen und Ihrem letzten Triumph Hoffnung schöpfen und viele Lehren ziehen.

Sie haben schließlich triumphiert, weil Sie auf die Demokratie, die Freiheit und den Frieden gesetzt haben. In der Tat ist es so, dass es Entwicklung und Wohlstand ohne Frieden und verantwortliches Regieren nicht geben kann. Für Korruption gibt es bei Ihnen inzwischen nahezu kein Pardon. Sie machen sich stark für die Grundrechte eines jeden Menschen, für freie Meinungsäußerung, Vereinigungsfreiheit und Freizügigkeit. Sie haben zur Einführung der Rechtsstaatlichkeit beigetragen. Sie haben

sich für eine Form des transparenten und verantwortlichen Regierens entschieden. Sie haben eine freie und dynamische Presse, eine engagierte und aktive Bürgergesellschaft und scharfe Beobachter, die wissen, dass die Freiheit nur um den Preis beständiger Wachsamkeit zu haben ist. [...]

Geliebtes Afrika, Du hast strahlende Siege errungen. Du hast den Kolonialismus bezwungen, und den Weg haben Dir dabei die für unseren Kontinent so emblematischen Gestalten wie C.L.R. James und Kwame Nkrumah gewiesen. Du hast das Deine dazu beigetragen, die Apartheid zu Fall zu bringen - natürlich unter erheblicher Mithilfe seitens der internationalen Völkergemeinschaft. Als Afrikaner sehe ich mich jedoch auch veranlasst, vor unseren afrikanischen Brüdern und Schwestern den Hut zu ziehen, die an die äußerste Grenze ihrer knappen Ressourcen gegangen sind, um uns zu helfen, und die unseren Emigranten Aufnahme gewährt haben. Ihr, die Völker, die in der vordersten Front standet, Ihr habt beherzt der Streitmacht der Apartheid die Stirn geboten. Es ist mir ein Bedürfnis, Euch hier im Namen unseres Volkes meinen Dank auszusprechen. [...]

Geliebtes Afrika, Du hast große Persönlichkeiten wie Nyerere, Sadate und Mandela hervorgebracht, um nur einige zu nennen. Wer ist der Politiker, dem die Welt heute die größte Bewunderung darbringt? Fast überall auf der Welt wird man Ihnen den Namen eines Afrikaners nennen, den Nelson Mandelas. Diese führenden Persönlichkeiten Afrikas waren in den meisten Fällen Staatsmänner. Sie waren selbstlos und pflegten zu sagen "Was ich tue, tue ich

nicht für mich und nicht, um mehr Macht zu gewinnen. Ich tue es für jene, die ich zu führen habe.“ Sie traten für hohe moralische Werte ein. Ja, für uns, die wir die Wiege der Menschheit waren, ist eine Wiedergeburt möglich, wir können der Völkergemeinschaft viel geben, wir besitzen die Fähigkeit dazu.

Und ein weiteres Mal waren wir Afrikaner es, die der Welt anhand eines außergewöhnlichen Beispiels gezeigt haben, wie man eine Nachkriegssituation meistert. Denn da, wo die Welt das Strafgericht einer rachsüchtigen, von Schwarzen geführten Regierung erwartete, musste sie in Südafrika die Kommission für Wahrheitsfindung und Aussöhnung und deren Tätigkeit entdecken. Die Welt erfuhr auf diese Weise, dass es einen anderen Weg gibt, und zwar den der Vergebung und der Aussöhnung. Wir können der Welt unsere Ubuntu-Philosophie bieten, die uns sagen lässt: „Meine Menschlichkeit ist an die Deine gebunden. Ich brauche Dich, um ich selbst sein zu können. Ich brauche es für mich, dass Du du selbst bist.“ Und lassen Sie, teure Freunde, es sich gesagt sein, wir werden den Terrorismus nie bezwingen, solange ein so großer Weltteil in Verhältnissen leben muss, durch die die Menschen in die Verzweiflung getrieben werden. Daraus ziehen wir den Schluss, dass wir nur frei sein können, wenn wir es alle zugleich sind. [...]“.

Diese Darlegungen erheben keinesfalls den Anspruch, in einer erschöpfenden und endgültigen Analyse darüber Auskunft zu geben, wie privilegierte Beziehungen neuen Stils zwischen Afrika und Europa

definiert werden müssen.

Meine Absicht ist es, diese Partnerschaft in neuem politischen Licht erscheinen zu lassen – diese Partnerschaft, die nur allzu oft durch Unausgesprochenes, peinliche Reminiszenzen aus der Geschichte, Misstrauen wenn nicht gar Demütigungen zu Fall gebracht wurde.

Meine Absicht ist es, das Bewusstsein der Menschen für die Ungewissheiten und Verheißungen der „Welt von Morgen“ empfänglich zu machen.

Europäer und Afrikaner sind natürliche Verbündete. Mit einer notwendigen starken und ehrlichen Allianz dieser zwei großartigen und schönen Kontinente lässt sich eine Zukunft des Friedens und des Wohlstands gestalten. Gemeinsam können sie mit ihrem Gewicht entscheidenden Einfluss auf die Errichtung einer gerechteren, solidarischeren und freieren neuen planetaren Ordnung ausüben.

Wir müssen nun gemeinsam und ein für alle Mal den Berliner Kongress hinter uns lassen.

Es geht nicht darum, die Grenzziehungen dieses Kongresses zu löschen – das wäre unverantwortlich, gefährlich und töricht.

Es geht vielmehr darum, Geist und Methoden zu tilgen, die nur allzu lange für die Beziehungen zwischen Europa und Afrika bestimmend waren.

Dieses Kapitel unserer gemeinsamen Geschichte abschließen heißt, den Männern und Frauen in Afrika alle Mittel an die Hand geben, damit sie selbst die

Umriss ihrer Zukunft zeichnen – und frei jene Momente ihrer künftigen Geschichte wählen, die sie mit uns zu teilen gedenken.